Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang Donnerstag den 11. Dezember 1919 Nr. 601 / A 328 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.65 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1.20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9763

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verschleierung der Wahrheit.

Offiziöse Stimmungsmache.

Die deutsche Regierung setzt ihre Machenschaften zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Frage der Kriegsschuld-Dokumente fort. Nachdem sie erst mit Hilfe eines Waschzettels der Presse in geschickter Form die Dokumente, die entlastend wirken sollen, in die Hand gespielt und damit, wie die gestrige Morgenpresse zeigte, auch guten Erfolg gehabt hat, hat sie nunmehr der Presse auch noch mündlich Anleitungen zur Besprechung der Kautsky-Akten geben lassen, und zwar durch denjenigen Herausgeber — den Grafen Montgelas —, von dem bekannt ist, daß er in jeder Beziehung eine Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch leugnet. Der Graf erklärte zwar, als Privatperson von den Pressevertretern zu sprechen, diese aber waren offiziell von der Regierung zu dieser Sonderbesprechung eingeladen, so daß die Einschränkung, die der Herr Graf versuchte, nur eine mißglückte Verschleierung darstellten mußte.

Graf Montgelas hat mit großer Geschicklichkeit den Pressevertretern, die selbstverständlich nicht in der Lage waren, seine komplizierten Ausführungen an Hand des Materials zu kontrollieren, durch sogenannte Tatsachen tiefgehend zu beeinflussen. Alles Entlastende wurde von ihm in breitester Form in den Vordergrund gezogen, über alles Belastende ging er stillschweigend hinweg. Die Randbemerkungen des Kaisers fanden gar keine Erwähnung und die nicht mehr zu umgehenden bekannten großen belastenden Fragen bemühte sich der Graf aus der Welt zu schaffen. Er erklärte von vornherein, jeden, der die Dinge anders auslegte, als böswillig, und setzte den Pressevertretern in ausführlicher Weise auseinander, wie schuldlos die deutsche Regierung am Ausbruch des Weltkrieges sei. Gegenüber dem vernichtenden Eindruck der endlich veröffentlichten Akten soll diese Mohrenwäsche der Presse die Richtlinien liefern, um auch weiterhin dem deutschen Volke die Wahrheit vorzuenthalten und die dokumentarisch feststehende Schuld der deutschen Regierung in ihr Gegenteil umzufälschen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es in dieser Tonart nun monatelang durch die deutsche Presse weitergehen wird, bis man das deutsche Volk davon überzeugt hat, daß das kaiserliche Regime „schuldlos" war und wir schmählich von unsern Feinden „überfallen" worden seien. Man glaubt anscheinend eine moralische Basis zu einer Revision des Friedensvertrages dadurch schaffen zu können, daß man der in der ganzen Welt verbreiteten Ueberzeugung von der Verlogenheit und Unwahrhaftigkeit der deutschen Politik durch die unentwegt betriebene offiziöse Stimmungsmache in der Schuldfrage neue Nahrung zuführt.

Kessel verhaftet — Reinhard noch frei!

Es gibt im neuen Deutschland doch noch eine Gerechtigkeit. Die Justizbehörde hat sich endlich dazu ermannt, Hauptmann Kessel in Haft zu nehmen. Gestern waren Anzeichen dafür noch nicht vorhanden. Kessel konnte triumphierend mitteilen, daß er gegen sich selbst ein Strafverfahren beantragt habe. Der Polizeipräsident Ernst, früher einmal und angeblich auch heute noch Sozialdemokrat, entzückte sich immer noch an den Leistungen Kessels, der ihn und den Minister Heine bei den Inspektionsreisen begleitete. Er nahme keine Veranlassung, den schwerkompromittierten Mann aus der Sicherheitswehr zu beseitigen. Kessel selbst ließ sich von seinen Vertrauensleuten ein einstimmiges Vertrauensvotum ausstellen. Der Apparat kappte tadellos.

Inzwischen ist die Sache aber doch etwas mulmig geworden. Es wäre ja auch geradezu eine Herausforderung zum Verbrechen gewesen, wenn ein Mann wie Kessel, der zum Mord anstiftete, Urkunden fälschte und selbst vor Meineiden nicht zurückschreckte, auch fernerhin mit der Verfolgung des Verbrechertums betraut geblieben wäre. Der Erste Staatsanwalt läßt deshalb verkünden, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I gegen den Polizeihauptmann von Kessel einen Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweikampf erlassen habe. Hauptmann von Kessel sei gestern nachmittag bereits in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Wir vermissen in der gegen Kessel erhobenen Anklage noch die auf Mord. Ebenso warten wir auf den Haftbefehl gegen Oberst Reinhard. Nachdem Marloh freigesprochen worden ist müssen die wahren Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Denn in der Französischen Straße ist nachgewiesenermaßen ein neunundzwanzigfacher Mord verübt worden. Wenn nach den juristischen Erwägungen des Gerichts Marloh für diese Bluttat nicht verantwortlich zu machen ist, dann müssen seine nächsten Vorgesetzten die Verantwortung für das Verbrechen übernehmen. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen und wir können uns deshalb mit der Verhaftung Kessels noch keineswegs zufrieden geben. Verbrecher bleibt Verbrecher! schrieb neulich die „Post". In diesem alldeutschen Sinne muß das Gericht verfahren, wenn es die Achtung wieder gewinnen will, die es für sich beansprucht.

Kesseltreiben.

Nachdem der Staatsanwalt den Haftbefehl gegen Hauptmann v. Kessel erlassen hat, will auch der Minister des Innern, Herr Heine, nicht nachhinken. Er läßt deshalb erklären, daß er noch vor dem Haftbefehl den Hauptmann v. Kessel seiner Dienstgeschäfte enthoben habe. Ferner teilt der Erste Staatsanwalt mit, daß er bereits vorige Woche ein Ermitlungsverfahren gegen Kessel eingeleitet habe. Und zwar hebt er hervor, daß dies aus eigener Erschließung geschehen sei, also nicht auf Anregung von Kessel, dessen Gesuch ihm übrigens bis zum gestrigen Tage noch nicht zugegangen sei.

Der Eifer der Behörden ist zu loben. Wir betonen aber noch einmal, daß Kessel nicht der allein Schuldige ist. Wir wünschen deshalb, daß er sich recht kräftig seiner Haut wehrt und dafür Sorge trägt, daß auch seine Mitverschworenen und Helfershelfer recht bald einen Platz im Untersuchungsgefängnis bekommen. Er könnte sich sonst langweilen. Raummangel wird kaum vorhanden sein, so daß sich eine Gefahr für ihr Leben nicht ergibt.

Zwei Kleber.

Wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, liegt für Noske kein Grund vor, gegen Oberst Reinhard einzuschreiten. Dabei wird noch betont, daß Reinhard auf eigenen Wunsch, also nicht gezwungenermaßen, beurlaubt worden sei.

Warum der Spuk? Glaubt Herr Noske im Ernst, daß von den denkfähigen Deutschen jemand auf die Idee gekommen sei, er, der Minister, wolle oder könne jemals etwas gegen den Oberst Reinhard unternehmen? Dazu ist das Geschick der beiden Männer zu eng miteinander verknüpft, als daß einer den andren fallen lassen könnte.

Das Blut schreit nach Vergeltung!

T. U. Frankfurt a. M., 10. Dezember.

Zum Urteil im Prozeß Marloh schreibt die „Frankfurter Zeitung": Eine Bluttat, wie sie schrecklicher nicht gedacht werden kann. Das Hinschlachten von 30 wehrlosen unschuldigen Menschen, das war die eigentliche Grundlage der vor dem Kriegsgericht in Berlin verhandelten Anklage gegen den Oberleutnant Marloh, der diese Exekution kommandiert hat. Wenn es bei dieser Entscheidung sein Bewenden haben sollte, so bliebe eine der grausamsten Taten, ein Massenmord, der an Scheußlichkeiten den Münchener Vorgängen an die Seite zu stellen ist, ungeahndet. Das wäre etwas Ungeheuerliches, etwas, so alles Rechtsempfinden Zerstörende, daß jedes moralische Gefühl dabei verloren gehen müsse und weil das nicht sein darf, so darf auch mit diesem Urteil die Sache nicht abgeschlossen sein. Sie muß weiter verfolgt und es muß Sicherheit gegeben werden, daß ohne Scheu und ohne Bertuschung gegen alle, die direkt oder indirekt eine Mitschuld an dieser Tat trifft, unnachsichtlich vorgegangen wird, denn 30 Unschuldige sind hingemordet worden. Ihr Blut schreit nach Vergeltung.

Taktische Probleme.

Von Rudolf Hilferding.

Der Parteitag war in der Zeit einer außen- und innenpolitischen Hochspannung zusammen. Es ist charakteristisch, daß er weder zur gegenwärtigen politischen Lage noch zur künftigen politischen Tätigkeit der Partei Stellung genommen hat. Und das, obwohl neben dem Programm auch die Taktik der Partei zur Erörterung stand. Der Parteitag begnügte sich mit den prinzipiellen Richtlinien, ohne zu den konkreten Problemen Stellung zu nehmen.

Das ist kein Zufall, sondern hängt aufs engste mit jener Auffassung zusammen, daß wir in der „vorrevolutionären" Periode leben und der „Entscheidungskampf" nicht lange mehr auf sich warten lassen könne. Bei solcher Auffassung tritt natürlich das Interesse an den unmittelbaren politischen Kämpfen stark zurück; die Vorstöße der Reaktion oder die kommenden Wahlen, die Steuerbelastungen oder die Gestaltung des Betriebsrätegesetzes, das alles sind Dinge, die nur mäßiges Interesse bei denen hervorrufen, die gewiß sind, in Wochen oder Monaten die politische Macht erobert und die Diktatur des Proletariats verwirklicht zu haben.

In der Forderung, überhaupt jede parlamentarische Betätigung einzustellen, war diese Auffassung am konsequentesten zum Ausdruck gekommen. Jetzt hatte man zwar diese Folgerung fallen gelassen, die Auffassung selbst aber beherrschte noch immer einen großen Teil der Delegierten. Aber obwohl diese Anschauungen für die taktische Stellung von großer Bedeutung sind, wurde auch darüber auf dem Parteitag wenig gesprochen.

Und doch ist es notwendig, darüber zu einiger Klarheit zu kommen, soll nicht nachgerade jede praktische und so überaus notwendige politische Arbeit der Partei Schaden leiden und die Gefahr entstehen, daß die Partei, im Eifer der Diskussion über die Maßnahmen nach Eroberung der politischen Macht, zu tun versäumt, was der Tag erfordert, um auf dem harten und mühevollen Weg zur Eroberung der politischen Macht einen Schritt vorwärts zu kommen.

Dazu ist freilich nötig, daß alle Parteigenossen sich daran gewöhnen, über ernste Probleme ernst und sachlich zu diskutieren und erst nach sorgfältiger Wägung der Argumente, nicht nach vorgefaßten Meinungen und auf Grund festgelegter Formeln ihre Entscheidung treffen. Es darf nicht der Versuch gemacht werden, den Andersdenkenden von der Diskussion von vornherein zurückzuschrecken, indem man ihn zum schlechteren Revolutionär stempelt. Denn es handelt sich nicht um eine Frage des mehr oder minderen revolutionären Willens, der größeren oder geringeren Begeisterung oder revolutionären Entschlossenheit, sondern um eine Frage der Einsicht in die ökonomischen und politischen Bedingungen unseres Kampfes, um eine Frage des Könnens und nicht des Wollens. Wünschenswert ist, daß auf der anderen Seite sich die Genossen nicht so leicht einschüchtern lassen, wenn die Ergebnisse ihres Nachdenkens zunächst weniger Zustimmung und Beifall finden. Denn die Sache, um die es sich handelt, ist zu wichtig, als daß bei ihrer Vertretung persönliche Rücksichten eine Rolle spielen dürfen.

Die Genossen, die den Entscheidungskampf unmittelbar bevorstehend glauben, scheinen mir die ganze politische Situation gründlich zu verkennen. Sie übersehen, daß die Entwicklung seit dem 9. November eine starke Schwächung des Sozialismus in seiner Gesamtheit bedeutet. Am 9. November hatte die Bourgeoisie ihre politische Macht verloren. Der Eindruck des Zusammenbruches war so gewaltig, daß die Arbeiterklasse ohne nennenswerten Widerstand die Macht übernehmen konnte. Nicht nur dachte niemand an gewaltsamen Widerstand; auch moralisch und psychologisch nahm man widerstandslos den Verlust der Herrschaft auf sich und sehr weite Schichten, die früher dem Sozialismus feindlich und ablehnend gegenüberstanden, waren jetzt sogar zur Mitarbeit bereit.

Es war eine Situation, wie sie für die Verwirklichung des Sozialismus nicht günstiger sein konnte, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Denn die rein wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind für das kapitalistische System ebenso vorhanden; die sozialistische Produktionsweise ist

wor der kapitalistischen durch die Beseitigung der Anarchie, durch die Ordnung und Rationalisierung der Produktion überlegen und kann daher die Schwierigkeiten um so eher überwinden, als sie auf die freudigere und willigere Mitarbeit des wichtigsten Produktionsfaktors, der Arbeiter, hätte rechnen können.

Aber die Gunst der Stunde ist nicht ausgenutzt worden. Was du von der Minute ausgeschlagen, gibt keine Ewigkeit zurück, sagt der Dichter, und wenn sich auch bei der Zukunft des Sozialismus zum Glück dieses Wort nicht bewahrheiten kann, weil der Sieg des Sozialismus eine historische Notwendigkeit bleibt, so wird es doch noch viel Arbeit und viel Zeit kosten, bis die Stunde wieder schlägt. Denn seitdem haben sich nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern vor allem die politischen außerordentlich gesteigert. Die Arbeiterklasse blieb auch nach der Ergreifung der Macht uneins, die Massen folgten zunächst festgeschlossen der rechtssozialistischen Führung. Das hatte zur Folge, daß die Bourgeoisie die Macht, die ihr entglitten war, wieder in die Hände bekam. Sie nützte sie in immer steigendem Maße aus. Jede wirkliche Sozialisierung wurde verhindert, die Arbeiter entwaffnet; alle ökonomischen und realen Machtmittel wurden wieder von der Bourgeoisie in Besitz genommen.

Die falsche Einschätzung der Machtverhältnisse durch die revolutionäre Arbeiterschaft erleichterte der Bourgeoisie ihren Sieg. Im Januar schon hatte das Bild gewechselt: das revolutionäre Proletariat war in die Defensive gedrängt. Die kommunistische Taktik, der sich auch Teile der U. S. P. nicht ganz entziehen konnten, führte im Januar unter den ungünstigsten Umständen zum Kampf, der zur Niederlage führte — zur Marneschlacht der deutschen Revolution.

Das unsinnige Gerede, daß Niederlagen eine Quelle der Stärkung der revolutionären Energien sein könnten, ließ die Lehren der ersten Niederlagen bald vergessen. Die erstarkende Bourgeoisie, hinter den rechtssozialistischen Konterrevolutionären in sicherer Deckung, häufte die Provokationen und erreichte nur zu oft ihr Ziel. Heute ist es klar, daß alle reale Macht in den Händen der Gegner der Arbeiterklasse liegt, daß an einen bewaffneten Aufstand auch nur zu denken, einfach Wahnsinn wäre.

Aber die Situation ist auch in anderer Beziehung für das Proletariat ungünstiger geworden. Daß es nicht verstanden hat, die politische Macht auszunutzen und zu behaupten, hat viele Schichten, die am 9. November zur Mitarbeit bereit waren, wieder ins Lager der Gegner getrieben. Obwohl der Sozialismus noch gar keine Gelegenheit gehabt hatte, seine Leistungsfähigkeit zu beweisen, ist er durch die politische Unfähigkeit seiner Vertreter — und das war in der kritischen Zeit die rechtssozialistische Partei — heute in den Augen breiter Schichten diskreditiert. Die realen Machtverhältnisse haben sich dadurch weiter zuungunsten des Sozialismus verschoben.

Auf der anderen Seite ist das Machtbewußtsein der Bourgeoisie und aller an der Aufrechterhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung interessierten Klassen außerordentlich gewachsen, namentlich auch das aller agrarischen Kreise. Der Widerstand, mit dem heute das Proletariat zu rechnen hat, ist also ein weit stärkerer und entschlossenerer, die Kampfbedingungen haben sich viel ungünstiger gestaltet. Und das ist entscheidend auch für die Frage der Behauptung der Macht.

Die Frage muß deshalb gestellt werden, weil es denkbar wäre, daß, unter dem Einfluß außenpolitischer Entwicklung, die Partei vor die Frage der Uebernahme der Macht gestellt werden könnte. Sie würde sie dann nicht aus den inneren politischen und ökonomischen Bedingungen der deutschen Entwicklung erhalten, sondern infolge eines Anstoßes von außen. In einer ähnlichen Situation, in der Friedenskrise, hat Haase, im Gegensatz zu dem ungarischen Vorgehen, die Parole ausgegeben — und die Partei ist ihm einmütig gefolgt —, die Uebernahme der Macht abzulehnen.

Wie stünde es heute um die Behauptung der Macht? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß heute die ländliche Bevölkerung einer revolutionären Regierung den äußersten Widerstand entgegensetzen würde. Die Lebensmittelzufuhr würde stocken. Gewaltanwendung würde nicht viel nützen, selbst wenn sie, da die Landbevölkerung bewaffnet ist, möglich wäre. Wir müßten mit einer Agrarkrise rechnen, mit der ungeheuren Schwierigkeit, die städtische Bevölkerung zu ernähren. Dazu käme der Widerstand der bürgerlichen, nicht sozialistischen Schichten, der namentlich in den Provinzstädten großen Umfang annehmen und die Fortführung der industriellen Produktion außerordentlich erschweren würde. Zur Agrar- würde eine Industriekrise kommen, die noch gesteigert würde durch die Blockade der kapitalistischen Staaten und durch die Sperrung der Kredite der ausländischen Kapitalisten.

Das alles würde aber die Widerstände gegen die revolutionäre Regierung automatisch steigern und zu schweren Verwicklungen führen, die die industrielle Produktion vollends lähmen müßten. Das könnte ein überwiegendes Industrieland nicht aushalten; auch Kreise, die ursprünglich der neuen Regierung indifferent oder wohlwollend gegenüberstanden, würden ihr jetzt entgegentreten; der Abfall würde schließlich auch auf die Arbeiterschaft übergreifen und zum Sturz der Regierung führen.

Das sind Erwägungen, die sicher sehr unangenehm sind, nicht nur denen, die meinen, es gelte nur zu stürmen, alles übrige werde sich schon finden. Auch wir sagen das alles nicht ohne ein Gefühl schmerzlicher Erschütterung. Auch wir haben am 9. November gehofft, daß die Stunde des Sozialismus geschlagen hat und gerade wir wollten Sozialismus und nicht nur Demokratie. Aber wenn man erkannt hat, daß die Entwicklung seit dem 9. November politisch und ökonomisch das Proletariat geschwächt, die Bedingungen für einen Sieg verändert hat und ihm den Zwang auferlegt, die Feste des Kapitalismus durch mühevolle und konsequente Belagerung zur Kapitulation zu zwingen und nicht im vergeblichen Sturm seine Kraft aufzureiben, dann ist es Pflicht, rücksichtslos diese Bedenken auszusprechen, um das Proletariat vor verhängnisvoller Niederlage zu bewahren.

Denn das heißt nicht, den Sozialismus oder die revolutionäre Gesinnung verleugnen, sondern sie vielmehr betätigen. Denn jede proletarische Niederlage ist eine Verzögerung des sozialistischen Sieges, ist ein Dienst für die Konterrevolution. Sozialistisch und revolutionär aber ist es, den proletarischen Kampf den jeweiligen ökonomischen und politischen Bedingungen gemäß zu führen. Die Taktik nicht nach festgesetzten Formeln, sondern nach den Kräfteverhältnissen der kämpfenden Klassen zu bestimmen und nicht im Aufrechterhalten von Illusionen, sondern im Aussprechen dessen, was ist, die sozialistische Ueberzeugungstreue zu betätigen.

Ist das wahr?

Wir haben in unserer Montagmorgen-Ausgabe eine Mitteilung veröffentlicht, wonach das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß, über dessen Bestätigung sich die Regierung monatelang den Kopf zerbrach, durch Noske bestätigt worden ist. Wir verlangten schleunigste Aufklärung, ob diese Mitteilung zutreffe. Bis heute hat die Regierung, die sonst mit Dementis sehr schnell bei der Hand ist, mit keiner Silbe auf unsere Anfrage geantwortet.

Die Presse, die sonst die belanglosesten Dinge des Langen und Breiten erörtert, schweigt. Einzig und allein die „Berliner Volkszeitung" hat unsere Forderung nach schleuniger Aufklärung dieser Frage unterstützt. Merkwürdig schweigsam ist auch der sonst so redselige Herr Heilmann geworden, der noch vor einigen Tagen in einem Anfall von Wahrheitsliebe von der „einmütigen Lüge" der Beteiligten am Liebknecht-Prozeß sprach und eine neue Untersuchung forderte.

Wir fragen nun noch einmal die Regierung:

Ist es wahr, daß das Urteil gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs (mit Ausnahme Vogels) von der Regierung bestätigt und damit die Wiederaufnahme des Verfahrens unmöglich gemacht worden ist?

Ist es wahr, daß diese Bestätigung vom Reichswehrminister Noske vorgenommen worden ist?

Ist es ferner wahr, daß auch das Urteil im Marloh-Prozeß nach demselben verkürzten Verfahren aus der Welt geschafft werden soll?

Ist es wahr, daß der Reichswehrminister Noske auch das Urteil im Marloh-Prozeß, in dem er selbst als einer der Hauptschuldigen verwickelt ist, bestätigen soll?

Republikanische Pressefreiheit.

oder

Der Kult des Oberbefehlshabers.

Vor einiger Zeit ist die Broschüre Karl Liebknechts „Militarismus und Antimilitarismus" beim Verleger Adolf Hoffmann beschlagnahmt worden; das gleiche geschah mit etwa 10 000 Bogen Porträts des Autors, u. a. auch seiner Totenmaske. Diese Beschlagnahme wurde vom Oberreichsanwalt auf Grund einer Verfügung des Rates der Volksbeauftragten aufgehoben: mit dem Erfolge, daß das Berliner Oberkommando in den Marken (Noske) sie abermals auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 6. 18 aussprach. Eine Beschwerde hatte Erfolg, das Oberkommando zog seine Maßnahme zurück.

Nun schwang Herr Eugen Ernst, der rechtssozialistische Polizeipräsident von Berlin, sich in die Krücken eines ehrwürdigen Gesetzes von anno toback, um die Arbeit des verhaßten Liebknecht vom Volke fernzuhalten. Er verfügte ihre erneute Beschlagnahme auf Grund des § 10, II des Allgemeinen preußischen Landrechts aus dem Jahre 1700! Und zeigte durch diese Tat, daß er Ordre zu parieren verstand. Denn in einem Schreiben des Oberkommandos heißt es:

„— — — Der Herr Oberbefehlshaber hat von einer Beschlagnahme auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes Abstand genommen, indes aber den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin anheimgestellt, Maßnahmen auf Grund § 10, II. 17 A. L. R. zu treffen." —

Was auch untertänigst geschehen ist!

Das Possenspiel der verfassungswidrigen Einschränkung der Pressefreiheit läuft also in folgendem Zirkel: das Reichsgericht hebt eine Beschlagnahme auf, das Oberkommando verfügt sie neu, rektifiziert sich dann und gibt dem Polizeipräsidenten Anweisung zur erneuten Beschlagnahme. Dann kann die Geschichte von neuem beginnen und wir haben dauernd als Symbol der republikanischen Rechtssicherheit und Pressefreiheit das Bild eines Röters vor uns, dem der Schwang am Maule festwuchs!

Während diese Zeilen gesetzt werden, kommt die Nachricht, daß die beschlagnahmten Broschüren und Bilder in sehr ramponiertem Zustande dem Verlage wieder zugestellt worden sind. Die Beschlagnahme ist also wieder mal aufgehoben. Wer von den Verfassungshütern spricht sie nun erneut aus?

Die rechtssozialistische Fraktion und der Fall Sklarz.

Die rechtssozialistische Fraktion der Nationalversammlung hat, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, jetzt auch zum „Fall Sklarz" Stellung genommen. Scheidemann versuchte in langen Ausführungen die von Außenstehenden erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen und sich selbst zu rechtfertigen. Er erklärte bei dieser Gelegenheit, daß Sklarz die Millionen nicht in Deutschland, sondern im Ausland verdient habe. In sehr heftiger Weise griff Scheidemann dann Baumeister und den Abgeordneten Davidsohn an, denen er vorwarf, daß sie durch die Aufrollung des Falles Sklarz der Partei einen schlechten Dienst erwiesen hätten.

Reichswehrminister Noske rückte im Gegensatz zu Scheidemann noch weiter von Sklarz ab, als er das bereits vor kurzem in der Presse getan hat. Er erklärte, daß er, nachdem er von der eigenartigen Kassenführung des Heereslieferanten vernommen, er sofort die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben habe. Er sei jedoch verwundert, daß nicht alle anderen in Frage kommenden Personen, nachdem die Affäre in der Sitzung von Parteimitgliedern am 27. September bekannt geworden wäre, ebenso energisch von Sklarz abgerückt seien.

Es wurde dann längere Zeit darüber verhandelt, ob man zur restlosen Klärung der Affäre eine Untersuchung durch die Partei oder durch einen Parlamentsausschuß einleiten, oder ob man die Gerichtsverhandlung abwarten solle. Schließlich einigte man sich dahin, zunächst das gerichtliche Ergebnis abzuwarten und dann weitere Beschlüsse zu fassen.

W. T. B. teilt mit: Eine Korrespondenz verbreitet einen Bericht über eine Sitzung der Sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, in der über den „Fall Sklarz" verhandelt worden ist. Diesem Bericht zufolge soll der Reichswehrminister Noske „im Gegensatz zu Scheidemann entschieden von Sklarz abgerückt sein". Diese Darstellung ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat in der Fraktionssitzung zunächst mitgeteilt, daß er das ihm zur Verfügung stehende Material sofort dem Staatsanwalt zugängig gemacht habe. Er hat alsdann den Vorwurf erhoben, daß Personen, die monatelang der Meinung gewesen seien, schwer belastendes Material in Händen zu haben, nicht rechtzeitig Anzeige erstattet hätten. Mit diesen Personen sind der Abgeordnete Davidsohn und der frühere Angestellte von Parvus und Sklarz, der Redakteur und Geschäftsführer Baumeister, gemeint.

*

Von derselben Korrespondenz wird erneut behauptet, daß Sklarz auch mit Eichhorn, als er Polizeipräsident war, in enger Fühlung stand. Eichhorn habe damals erklärt, als ihn die Staatsanwaltschaft auf Sklarz aufmerksam machte: „Ich möchte die Leute gern los sein, aber Sklarz hat der Kasse des Polizeipräsidiums eben erst eine Million gepumpt."

Genosse Eichhorn wird zweifellos nicht unterlassen, auf diesen Angriff zu antworten und eine gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit herbeiführen.

Wie das Eigentum „gesichert" wird.

Uns wird mitgeteilt: Mittwoch vormittag um 10 Uhr wurden unter der Leitung eines Oberleutnants und im Beisein der Wachmannschaften die Räume des Vollzugsrates, des „Weckruf"-verlages und der proletarischen Hochschule übergeben, nachdem sie über 5 Wochen lang der Obhut der grünen Sicherheitspolizei anbefohlen waren. Der Vorstand des „Weckruf"verlages und die Genossen des Vollzugsrats, hatten sich, nach den Erfahrungen der ersten Aktion der Ordnungsschützer in den Zelten auf manches gefaßt gemacht, aber das, was sie sehen mußten, übertraf ihre kühnsten Erwartungen. Die Räume, die bei der ersten Besichtigung am Dienstag vor Schmutz starrten, waren zwar vom schlimmsten Unrat befreit, der jetzt im Keller lagert und eine Einspännerfuhre füllen dürfte. Die Feder sträubt sich aber, den Zustand der Klosetts zu schildern. Schränke und Schreibtische waren erbrochen, sämtliches Bureaumaterial, alle Vorräte an Schreibpapier usw. fehlten. Des weiteren fehlten wertvolle Bücher, Broschüren und Manuskripte und die noch vorhandenen waren vollständig unbrauchbar gemacht. Aktenständer lagen zerbrochen am Boden, Rohrstühle waren getreten. Sämtliche Aschenbecher und Glühbirnen waren verschwunden, verschiedene Lampen waren vollständig herausgerissen. Sämtliches Privateigentum der Vollzugsratsmitglieder und der Angestellten war verschwunden.

Diese Verwüstung in den Räumen des Vollzugsrates ist nicht die erste. In den letzten Augusttagen wurden die Räume des Vollzugsrates in den Zelten in ähnlicher Weise von den Ordnungshütern Noskes heimgesucht. Auch damals wurden die Vollzugsratsmitglieder und die Angestellten nicht allein ihres Arbeitsmaterials, sondern auch ihres Privateigentums an Büchern, Manuskripten, Kleidungsstücken usw. beraubt. Diesmal hat die „Sicherheitspolizei" den Befähigungsnachweis erbracht, wie sie das Eigentum zu „sichern" versteht. Es versteht sich von selbst, daß die glorreiche republikanische Regierung, die uns bekanntlich die weitestgehenden Rechtsgarantien zugesagt hat, für den der Arbeiterschaft, den Vollzugsratsmitgliedern, dem „Weckruf"verlag, der freien Hochschule und den Angestellten zugefügten Schaden haftbar gemacht wird.

Der Streit um die Kautskyakten.

Die Korruptionserscheinungen unter der jetzigen Regierung wurden zur Abwechslung einmal nicht vor dem Kriminalgericht, sondern in einem zivilen Rechtsstreit erörtert. Aber die Bloßstellung für die Regierung war nicht geringer als in den verschiedenen Prozessen in Moabit. — Die 21. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I unter dem Vorsitz des Geh. Justizrats Landgerichtsdirektor Kühnast hatte gestern über zwei Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung über das Kautskysche Buch „Wie der Weltkrieg entstand" zu entscheiden. Die Antragstellerin war die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, der dank ihrer Beziehungen zur Regierung die Veröffentlichung der sogenannten Kautsky-Akten übertragen worden sind. Die Anträge dieses Verlages richteten sich gegen Karl Kautsky und seinen Verleger Paul Cassirer. Die Antragstellerin verlangte, daß ihnen verboten werden solle, ihr Buch schon jetzt herauszugeben; sie sollen gezwungen werden, mit der Veröffentlichung drei bis vier Wochen zu warten. Auf Grund der eingehenden Ausführungen der Rechtsanwälte Grünspach für Cassirer und Oskar Cohn für Karl Kautsky erkannte das Gericht auf kostenpflichtige Abweisung der Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung. Das Kautskysche Buch kann damit ungehindert erscheinen.

Die deutsche Soldateska in Litauen.

Das litauische Pressebureau Berlin meldet:

Die deutschen Truppen räumen Litauen nur sehr langsam. Auf ihrem Rückzuge lassen sie sich die schwersten Ueberfälle und Vergehen gegenüber der Bevölkerung zuschulden kommen. Plünderungen, Brandstiftungen und Totschläge sind an der Tagesordnung. In den Bezirken Skaudville und Kurschany sind z. B. viele Dörfer verbrannt und fast alle männlichen Einwohner getötet worden. In Schaulen haben deutsche Soldaten die litauischen Sicherheitswachen angegriffen und vertrieben. Aus der Bevölkerung gehen der litauischen Regierung zahlreiche Proteste und Aufforderungen zum tatkräftigen Vorgehen gegen die deutschen Soldaten zu.

Die Verhandlungen in Dorpat.

H N. London, 10. Dezember.

„Daily Telegraph" meldet aus Kopenhagen, daß laut Reval Nachrichten die bolschewistischen und estländischen Delegierten sich über die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands geeinigt hätten.

Das englische Fremdengesetz. Trotz des Einspruches der Regierung nahm das Oberhaus eine Aenderung des Fremdengesetzes in zweiter Lesung an. Lord Buckmaster äußerte sich sehr scharf gegen die geplante Verfolgung der Ausländer.

Aus der Partei.

Eine Sekretärin für die Parteileitung gesucht.

In der heutigen Ausgabe der „Freiheit" schreibt das Zentralkomitee der U.S.P.D. in Ausführung eines Beschlusses des Leipziger Parteitages die Stellung einer Sekretärin aus. Ihr soll die Förderung der Frauenbewegung im ganzen Reiche obliegen. Bewerbungen sind an die Zentrale der U.S.P.D., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 21, zu richten.

Das Verbrechen von 1914.

Leichtfertigkeit und Verlogenheit.

rb. Die vornehmste Frage, auf die wir in den soeben veröffentlichten amtlichen Dokumenten zum Kriegsausbruch noch einer Antwort suchen, ist die, ob Deutschland im Juli 1914 bewußt und mit voller Absicht auf den Weltkrieg hingearbeitet hat. Hier gibt es, wie gleich von vornherein bemerkt sein mag, kein einfaches und klares Ja oder Nein, denn dazu sind die Dinge zu kompliziert. Es ist kein Aktenstück vorhanden, aus dem unmittelbar hervorginge, daß man den bewaffneten Zusammenstoß mit den Mächten außerhalb des Dreibundes wünschte, aber auf der andern Seite kann noch viel weniger der Beweis erbracht werden, daß man sich ernsthaft bemüht habe, ihn zu vermeiden. Herr von Tirpitz hat den Ausspruch getan, Bethmann sei in den Krieg hineingeschliddert, und das ist das mildeste Urteil, das über die Politik jener Wochen gefällt werden kann. Die Regierung hat eine Leichtfertigkeit an den Tag gelegt, die sich nur als verbrecherisch bezeichnen läßt, und das eine läßt sich jedenfalls mit aller Bestimmtheit behaupten, daß, wenn der Ausbruch des Weltkrieges damals vermieden worden wäre, Deutschland am allerwenigsten sich das Verdienst an dieser Wendung hätten zusprechen können.

Berlin wollte den Krieg nicht unbedingt, aber es wollte Oesterreich zu einem Triumph verhelfen und damit die Stellung der mitteleuropäischen Großmächte stärken. Es glaubte die Großmächte aus dem Spiel halten zu können. Sollte das aber nicht gelingen, so war es bereit, auch den Waffengang mit ihnen zu wagen.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung ein vom 31. Juli datierter Brief des bayerischen Gesandten in Berlin an den Vorsitzenden im bayerischen Ministerrat. Herr von Berchenfeld schreibt:

„In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat der Generalstabschef Herr v. Moltke sich dahin ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann. Die Gründe, die er anführt, sind: 1. Ueberlegenheit der deutschen Artillerie. Frankreich und Rußland besitzen keine Haubitzen und können daher keine Truppe in gedeckter Stellung mit Steilfeuer bekämpfen. 2. Die Ueberlegenheit des deutschen Infanteriegewehrs. 3. Ganz ungenügende Ausbildung der französischen Truppe infolge zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie und der gleichzeitigen Einberufung zweier Jahrgänge bei allen Waffengattungen infolge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, darunter muß die Ausbildung gelitten haben."

Diese Zuversicht bestimmte die Haltung der Berliner Regierung gegenüber dem österreichisch-serbischen Streitfall. Wien wurde nicht nur nicht gebremst, sondern immer wieder vorwärts gestoßen und insbesondere tat Wilhelm II. alles, um den Verbündeten scharf zu machen.

Als am 30. Juni der deutsche Gesandte am Wiener Hof mitteilte, daß er jeden Anlaß benutze, um ruhig aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen, schrieb der Kaiser entrüstet an den Rand des Berichts: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Oesterreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn es schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirsky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald."

Von diesem Zeitpunkt an ist von weiteren Mahnungen zur Besonnenheit denn auch nicht mehr die Rede, und schon am 2. Juli versichert Tschirschky in einer persönlichen Unterredung mit dem Kaiser Franz Joseph Oesterreich der rückhaltlosen deutschen Unterstützung gegen Serbien. Er berichtet darüber folgendermaßen:

Franz Joseph sprach die Hoffnung aus, daß mein Kaiser und die kaiserliche Regierung die Gefahren ermäßen, die für die Monarchie in der serbischen Nachbarschaft lägen. Man müsse wie gesagt an die Zukunft denken und die Machtstellung der im Dreibund verbündeten wahren. Ich benutze diese Bemerkung des Kaisers, um auch Sr. M. gegenüber — wie ich es in diesen Tagen dem Grafen Berchtold gegenüber sehr nachdrücklich bereits getan habe — nochmals darauf hinzuweisen, daß S. M. sicher darauf bauen könne, Deutschland geschlossen hinter der Monarchie zu finden, sobald es sich um die Verteidigung eines ihrer Lebensinteressen handelte. Die Entscheidung darüber, wann und wo ein solches Lebensinteresse vorliege, müsse Oesterreich selbst überlassen bleiben.

Der Botschafter deutete dann noch vorsichtig an, es müsse vor jeder entscheidenden Maßregel sehr genau erwogen werden, wie weit man gehen wolle, und es sei bei jedem folgenschweren Schritte die allgemeine politische Lage zu berücksichtigen. Das wesentliche aber bleibt, daß er es Oesterreich überließ, selbst zu bestimmen, wann und wo ein österreichisches Lebensinteresse vorliege.

So war der Boden für die Denkschrift bereitet, die der österreichische Botschafter, Graf Szögyeny, zusammen mit dem Spezialbeauftragten, dem Grafen Hoyos, am 5. Juli dem Kaiser Wilhelm überreichte. Der Diplomat hatte von dem Gespräch, das er bei dieser Gelegenheit mit Wilhelm führte, den besten Eindruck. Wilhelm stellte sich auf den Standpunkt, mit der Aktion gegen Serbien dürfe nicht zu lange gewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet. Und sollte es sogar zu einem Krieg zwischen Oesterreich und Rußland kommen, so könnte die Wiener Regierung davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an ihrer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens, wie die Dinge heute ständen, noch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiß noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. Doch werde es bei den andern Mächten der Tripleentente gegen Oesterreich hetzen und am Balkon das Feuer schüren. Er (Wilhelm) begreife sehr gut, daß es dem österreichischen Kaiser bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde, in Serbien einzumarschieren. Wenn Oesterreich aber wirklich die Notwendigkeit einer Aktion gegen Serbien erkannt hätte, so würde er es bedauern, wenn es den jetzigen so günstigen Moment unbenutzt ließe.

Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß der deutsche Kaiser mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland und nicht minder mit der Gegnerschaft von Frankreich und England rechnete. Trotzdem gibt er dem Verbündeten vollständig freie Hand. Ob nun in Potsdam am 5. oder 6. Juli ein förmlicher Kriegsrat abgehalten worden ist, hat für die Beurteilung der Situation, wie wir schon wiederholt hervorhoben, nur geringe Bedeutung. Fest steht, daß der Kaiser nicht nur mit Bethmann Hollweg, sondern auch mit Vertretern der obersten Militär- und Marinebehörden konferiert hat, und wenn die Betreffenden heute auch versichern, es seien damals keineswegs Anordnungen für größere kriegerische Verwickelungen getroffen worden, so genügt doch allein die Tatsache, daß diesen Stellen von den Unterredungen mit den österreichischen Vertretern Kenntnis gegeben wurde, für den Beweis, daß alle Möglichkeiten ins Auge gefaßt worden sind.

*

Wilhelm II. trat dann am 6. Juli seine gewohnte Nordlandfahrt an. Man ließ ihn aber nicht reisen, weil die Situation unbedenklich gewesen wäre, sondern weil man Europa über die Vorgänge und über die Absichten der Mittelmächte täuschen wollte. Es gehörte in den Plan der deutschen Regierung, so zu tun, als wisse sie nichts von den österreichischen Projekten und als könne sie nicht im geringsten einsehen, inwiefern das Vorgehen der Wiener Regierung gegen Serbien irgendeinen anderen Staat interessiere. Es sollte alles vermieden werden, was die übrige Welt vorzeitig zu alarmieren imstande sei. Daher die milden Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen" und der Unwille Bethmanns über die unvorsichtigen Telegramme des kronprinzlichen Kriegstreibers. Daher auch das Bemühen, den deutschen Kaiser solange als irgend möglich von Berlin fernzuhalten und ihn zu bewegen, der Flotte nicht „vorzeitig" den Befehl zur Heimreise zu erteilen.

Wilhelm freilich wird mit der Zeit ungeduldig und ängstlich, und auf ein beschwichtigendes Telegramm vom 15. Juli muß sich Bethmann die Bemerkung gefallen lassen, er, der „Zivilkanzler", habe die allgemeine Lage noch nicht begriffen. (Daß der verantwortliche Minister diesen beleidigenden Verweis wie ein geprügelter Schuljunge einsteckt, ist selbstverständlich.)

Natürlich hatte der Kaiser auch in den nordischen Gewässern nicht aufgehört zu regieren, und aus seinen Randnoten geht hervor, wie außerordentlich besorgt er war, daß Oesterreich am Ende doch nicht die Energie gegen Serbien entfalte, die er ihm so dringend ans Herz gelegt hatte. Als unter dem 10. Juli Tschirschky mitteilte, Franz Joseph habe dem Minister Berchtold erklärt, daß man jetzt zu einem Entschluß kommen müsse, bemerkt Wilhelm voller Ungeduld: „Da Sr. M. Promemoria etwa vierzehn Tage alt ist, so dauert das sehr lang! Das ist doch eigentlich zur Begründung des Entschlusses selbst entworfen." Und auf die Mitteilung, der österreichischen Regierung würde es sehr unsympathisch sein, wenn die Serben alle gestellten Forderungen annähmen und sie sinne noch darüber nach, welche Bedingungen sie stellen könne, die Serbien eine Annahme völlig unmöglich machen würden, notiert der kaiserliche Hetzer: „Den Sandschak räumen! Dann ist der Krakeel sofort da! Den muß Oesterreich unbedingt sofort wieder haben, um die Einigung Serbiens und Montenegros und das Erreichen des Meeres seitens der Serben zu hindern"

Als Tisza, der ungarische Ministerpräsident, der zuerst, die Gefahren erkennend, geschwankt hatte, sich schließlich zu Berchtolds Absichten bekehrte, atmete Wilhelm II. beglückt auf: „No, doch mal ein Mann", und niemand war glücklicher als er, als endlich das Ultimatum in Belgrad überreicht war. Beweis: die Bemerkungen zu einem Telegramm aus Belgrad vom 24. Juli. Der Gesandte teilt mit:

„Der energische Ton und die präzisen Forderungen der österreichischen Note sind der serbischen Regierung vollständig unerwartet gekommen."

Wilhelm: Bravo! Man hatte es den Wienern nicht mehr zugetraut."

Das Telegramm:

„Seit heute früh tagt der Ministerrat unter Vorsitz des Kronprinzenregenten."

Wilhelm: „Es scheint, Seine Majestät haben sich gedrückt!"

Telegramm:

„Der Ministerrat kann aber zu keinem Entschluß kommen."

Wilhelm: „Die stolzen Slawen! Wie hohl zeigt sich der ganze sogenannte serbische Großstaat. So ist es mit allen slawischen Staaten beschaffen. Nur feste auf die Füße des Gesindels getreten!"

Wilhelms Freude wird tags darauf noch einmal getrübt, als Tschirschky berichtet, Berchtold habe ihm erklärt, Oesterreich werde kein serbisches Territorium beanspruchen. Wilhelm schreibt er an den Rand: „Esel! Den Sandschak muß es wiedernehmen, sonst kommen die Serben an die Adria." Der Zornesausbruch war überflüssig, denn Berchtold log, als er die österreichischen Annexionsabsichten bestritt.

*

Inzwischen hatte man in Berlin das heuchlerische Spiel fortgesetzt, und zwar war der Staatssekretär v. Jagow, da Bethmann in Hohenfinow weilte, der Träger der ersten Rolle. Er legte es darauf an, Europa einzuschläfern und stellte sich zu diesem Zweck vollständig unwissend. Es sollte verhindert werden, daß andere Mächte auf einen Vermittlungsgedanken kämen. Man wollte sie mit dem Ultimatum und den unmittelbar darauf folgenden kriegerischen Aktionen Oesterreichs gegen Serbien überraschen. Deutschland, das seinem Verbündeten freie Hand lassen und ihn darüber hinaus systematisch zu energischem Vorgehen aufgepeitscht hatte, durfte amtlich Inhalt und Wortlaut der Note an die Belgrader Regierung nicht kennen, um zuletzt auch den Ueberraschten mimen zu können. Am 23. Juli wurde das Ultimatum in Belgrad überreicht, und unter demselben Datum wagt Jagow, an den deutschen Gesandten in Stockholm zu telegraphieren:

Allem Anschein nach soll Oesterreich-Ungarn, welches sich durch die großserbische Agitation in seiner Existenz bedroht fühlt, sehr ernste Forderungen in Belgrad stellen. Dieselben sind uns nicht bekannt, wir betrachten sie als interne Angelegenheit Oesterreich-Ungarns, auf welche uns Einwirkung auch nicht zustehen würde.

Am 24. Juli stellt der Staatssekretär dem Botschafter in Rom anheim, dem italienischen Minister des Auswärtigen zu sagen, daß auch Deutschland über die österreichische Note nicht näher informiert worden sei und dies auch nicht hätte sein wollen, weil es die Angelegenheit als eine intern österreichisch-ungarische betrachte. Und am gleichen Tage instruiert der Unterstaatssekretär Zimmermann die Vertreter in Paris, London und Petersburg wie folgt:

Wir haben keinerlei Einfluß auf Inhalt der Note geübt und ebenso wenig wie andere Mächte Gelegenheit gehabt, dazu vor Publikation in irgend einer Weise Stellung zu nehmen. Daß wir, nachdem sich Oesterreich-Ungarn aus eigener Initiative zu scharfer Sprache entschlossen hat, jetzt nicht Wien zum Zurückweichen raten können, ist selbstverständlich.

Welches ungeheuerliche Maß von Heuchelei! Deutschland, ohne dessen Rückendeckung Oesterreich nicht einen einzigen Schritt getan haben würde, hat nach den Versicherungen seiner Staatsmänner keinen Einfluß auf den Inhalt des Ultimatums gehabt!

Aber die Verlogenheit der Jagow und Zimmermann ist noch weit krasser, als es nach dem Gesagten den Anschein haben könnte. Schon am 21. Juli, das heißt also zwei Tage vor der Ueberreichung des Ultimatums in Belgrad und drei Tage vor seiner Notifizierung an die übrigen Mächte, erhielt Tschirschky ein Exemplar der Note. Merkwürdigerweise gab er das wichtige Aktenstück nicht telegraphisch nach Berlin weiter, immerhin aber lief es brieflich bereits am Nachmittag des 22. Juli im Auswärtigen Amte ein. Immer noch hätte also die Möglichkeit bestanden, die Wiener Regierung an der Ueberreichung zu hindern. Aber das würde den vorhergehenden Vereinbarungen und ebenso den Absichten Deutschlands widersprochen haben. Deshalb mußte dem Ausland gegenüber behauptet werden, man sei erst gleichzeitig mit den andern Mächten unterrichtet worden, das heißt in einem Moment, in dem ein Eingreifen in Wien nicht mehr in Frage kommen konnte. Diesen Schwindel hat die deutsche Regierung den ganzen Krieg hindurch aufrecht zu erhalten gesucht. Sie hat mit vollem Bewußtsein die Unwahrheit gesagt, um ihre Schuldlosigkeit zu beweisen. Wie skrupellos die Männer an den höchsten Stellen dabei vorgegangen sind, ergibt sich aus einem Schreiben, das der Staatssekretär Zimmermann am 11. August 1917 an den Unterstaatssekretär von dem Bussche-Haddenhausen richtete:

Lieber Bussche! Sachlich stimmte die Angabe der „Evening News" insofern, als wir allerdings das serbische Ultimatum etwa zwölf Stunden vor Uebergabe erhielten. (Tatsächlich waren es 24 Stunden. D. Red.) Dagegen ist mir durchaus nicht erinnerlich, daß ich dies einem amerikanischen Diplomaten auf die Nase gebunden habe. Ein Dementi kann danach erfolgen. Ob es indes mit Rücksicht auf die schließlich doch nicht ewig zu verheimlichende Tatsache unserer Kenntnis zweckmäßig erscheint, lasse ich dahingestellt. Besten Gruß Ihr Zimmermann.

Also: Die Behauptung der ausländischen Presse ist zwar richtig, aber sie kann dementiert werden. Im Untersuchungsausschuß hat bekanntlich Herr Zimmermann die bewußt falschen Angaben, die er Vertretern der Presse über den Wilsonschen Friedensschritt machte, mit taktischen Erwägungen erklärt. Wahrscheinlich sind es auch taktische Rücksichten gewesen, die ihn im August 1917 bestimmt haben, zu einer amtlichen Lüge zu raten. Aber wir legen auf die kleinen Schwindeleien dieses vortrefflichen Staatsmannes wirklich kein besonderes Gewicht, denn sie gehörten zum System der deutschen Regierung, die ihre ganze Politik von vornherein auf Lug und Trug aufgebaut hatte.

Ueber dieses Thema wird noch ausführlicher zu reden sein. Die Akten, die sich hierauf beziehen, ändern aber nichts an dem Eindruck, den das Verhalten der Berliner Regierung bis zu dem Einsetzen der Vermittlungsaktionen hervorruft: Deutschland hat durch die unerhörte Frivolität, mit der es den österreichisch-serbischen Konflikt behandelte, eine Situation herbeigeführt, in der der Weltkrieg zur Unvermeidlichkeit wurde, und deshalb ist es schuldig

Der ist kein Sozialist,

der jetzt noch seine Spargroschen zur Stärkung des Kapitalismus den Banken oder Sparkassen anvertraut.

Es gibt auch für Sozialisten eine Möglichkeit, Geld sicher und zinstragend anzulegen.

Die Verlagsgenossenschaft „Freiheit" braucht weitere Geldmittel zum Ausbau des Unternehmens. Ein jeder Parteigenosse muß dazu beitragen, daß die „Freiheit" nicht nur das führende sozialistische Organ bleibt, sondern überhaupt die größte und einflußreichste Zeitung Deutschlands wird.

Dazu braucht sie eine eigene Druckerei

Wie das Berliner Proletariat die Gründung der Zeitung mit seinen Spargroschen ermöglicht hat, so wird es auch jetzt die nötigen Geldmittel aufbringen.

Kein Opfer bringt Ihr, Parteigenossen, denn das Geld wird sicher und zinstragend angelegt, nur die beweiskräftige Tat, daß Ihr der sozialistischen „Freiheit" mehr vertraut als den kapitalistischen Bankinstituten.

Deshalb zeichnet Anteilscheine der Verlagsgenossenschaft „Freiheit".

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. E. G. m. b. H.
Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 16/26.

Die Eröffnung des Manufakturwaren-Lagers

Brunnenstraße 188/90

findet am Donnerstag, den 11. Dezember 1919, mittags 1 Uhr, statt.

Zum Verkauf gelangen:

Leinen- u. Baumwollwaren * Kleiderstoffe u. Seide * Weißwaren * Taschentücher Schürzen * Wäsche * Futterstoffe * Trikotagen * Wollwaren * Strümpfe * Handschuhe * Blusen * Pelzwaren * Schuhwaren * Damen- u. Kinder-Konfektion Herrenartikel, Schirme u. Stöcke * Gardinen * Portieren * Teppiche * Wachstuche usw.

Verkauf nur an Mitglieder.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Prediot in Litauen

Opernhaus
7 Uhr: Mona Lisa.

Schauspielhaus
7 Uhr: Minna von Barnhelm.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½ Uhr: Jaakobs Traum.

Kammerspiele
7 Uhr: Advent

Großes Schauspielhaus
Karlstraße.
7½ Uhr: Orestie (10. Abtg. I. Ab.)

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7 Uhr: Ein Traumspiel
Frtg. Schloß Wetterstein
Sbd. Schloß Wetterstein
Sonntag nachm.: Erdgeist
(Lulu: Maria Orska)
Abds: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
7½ U.: Liselott v. d. Pfalz
Freitag: „Sie"
Sonnabend: „Sie"
Sonntag: „Sie"

Berliner Theater
7½ Uhr: **Bummel-Studenten**

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 Uhr:
Sondervorstellung für die hungernden Kinder Wiens:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Elisa Grüning, Poldi Müller, Dagny Servaes, Theodor Loos, Eugen Klöpfer, Alexander Ekert, Emil Lind;
Hierauf Konzert und Vorträge
Lily Helgren-Waag, Tilly Durieux, Carl Clewing, Paul Morgan
Frtl u. Sonnb. 7½ U.: Pygmalion
(Durieux, Grüning, Hartmann, Heinrich, Tillmann, Klöpfer, Salfner, Schnell, Gies.)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½: Cyprienne
(Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, Erich Walter).

Residenz-Theater
Täglich 8 Uhr:
Zum 314. Male:
Das höhere Leben
Von Hermann Sudermann
Sonnabend 4 Uhr kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
z. 268. Male: Der gute Ruf.

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade
Von Ludwig Fulda
Sonnabend 4 Uhr kleine Preise:
Aschenbrödel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Lebensschüler.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr.
Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Akt.
Vorher: Erstkl. Spezialitäten.
Viktor Litzeh in dem Sketch „Erwischt".
Stg. 3½ U. Ein sauberes Kleeblatt

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die Dame vom Circus

H * T
Humboldt-Theater
Lichtspiele
Berlin N, Badstraße 19

Eröffnung heute Donnerstag, den 11. Dezember 1919 mit dem gewaltigsten und sensationellsten Filmwerk der Gegenwart als Eröffnungs-Ueberraschung.

Pers. Erscheinen der Hauptdarsteller.

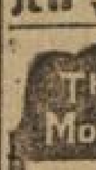
Ferner ein entzückendes Lustspiel
„Karlchen wird eingeseift"
mit dem berühmten humoristischen Darsteller Karl Viktor Flagge, welcher sich den werten Besuchern persönlich vorstellen wird.

Erstklassiges Orchester
unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn Cornelius.

Rose-Theater
7½ Uhr: Die im Schatten leben

Wintergarten.
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté-Programm!



Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Steiner Sänger,
Blüthgen-Gesell
Vorv. 11-1½ u. 4-6 U.

Theater am Moritzplatz
Das Riesenprogramm
2 Uraufführungen
Carola Toelle
in dem Film:
Der falsche Schein
Regie: Emil Justitz
JOE DEEBS
(Carl Auen)
Chinesisches Abenteuer
Der heulende Wolf
Regie: Leo Lasko.
7 8½
Marmor Haus

Eichhofbauer
Volks-Varieté
Warschauer Straße 34/36
Internationaler Boxkampf
Herausforderungskampf
anschließend
Varieté
„Bedienten-Streiche".

Walhalla-Theater, Weinbergsweg
7½ Uhr: Am goldenen Horn

Circus Busch
Donnerstag, abends 7½ Uhr:
Die Schreckensfahrt
auf Motorrad an steil. Wand.
Sowie d. übrige Dez.-Progr.
Zum Schluß:
Tragik. Pantomime
9 Uhr „Aphrodite" 9 Uhr
Morgen Freitag nur Boxkämpfe abends 7½ Uhr

Piano,
Klavier 675, Nußbaumpiano, Konzertpiano verkauft
Schewelies,
Frankfurter Allee 78.

Zigaretten
türkische, englische, zu Tagespreisen stets am Lager. Zigarettenvertrieb.
W. Sasse, Palisadenstr. 25.

Goldene Herrenuhren, goldene Damenuhren, sow. goldene Zigarettendosen, silberne Zigarettendosen, Silbertasch., Silberbörsen, silberne Bestecke nach Gewicht, Brillanten, Ringe, Uhren, Ketten, Kolliers, Ohrringe, Nadeln, Armbänder zu fabelhaft billigen Preisen. Gelegenheitskäufe viel anderer Waren.
Nauendörfer, Potsdamer Str. 43, I.

Stube u. Küche, wenig gebraucht, 1500 Mk., verkauft Huttenstraße 6, im Laden.

Der Nachbarin weitererzählen!
Jedes Stück eine Gelegenheit! Wundervolle Plüschmäntel 434,50, 372,50 M., m. Pelz besetzt, hochelegant 765 M., hochfeine Astrachanmäntel 275, 330 M. Warme Ulster 95, 125 M. Dicke Flauschmäntel 265, 310 M., hochelegante blaue reinwollene Kostüme, prima Verarbeitung, Kostüme aus guten Stoffen, blau, schwarz, grau 225, 265, 280,50, 380 M., hochelegante Seidenkleider, schwarz, marine und viele Farben 210, 253,50 278,50, 380 M., wundervolle Ball- u. Tanzkleider 190, 230, 298, 450 M., feine Wollkleider, Röcke aus Wolle u. Seide, Stoffröcke 29,50, 37, 41 M. Warme Unterröcke, Morgenröcke, bildschöne Crêpe-de-Chine-Blusen 89,50, 75 M. Backfischulster 69,50, 62 M. Gediegene Pelzmäntel, Pelzkragen und Muffen.
Gelegenheitskäufe Michaelis, Mauerstr. 80 eine Treppe (neben Clou) Sonntags vor Weihnachten geöffnet

Weißer Flecht, auch bis herinnen, brennender Haut u. [illegible] ... Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.

Paraffin, Lein, Lacke, ähnliches kauft Drogerie, Neukölln, Nogatstraße 38.

Ankauf von Platin und Zähne Gold u. Silber
Achtung! Kein Laden! Geöffnet von 9—6 Uhr.
in jeder Form u. Menge für hoh. Preis
Goldwarenfabrik
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16.
am Untergrund-Bahnhof
Friedrichstr. Alexanderstraße 14a.
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 8.
Tauentzienstr. 6. Schönebg. Grunewaldstr. 18.
Kottbuser Damm 24.

Vor Verkauf von
Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)
anrufen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstr.
Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor)
Moritzpl. 12858

Ueber Tagespreis zahlt
für **Platin, Gold, Silber, Platinzähne** nicht unter **6,50 Mark**
Frau **Linke, Blücherstraße 40**
Port. II. 2 Treppen. 8—8 Uhr.

Augen auf!
Tägl. von 10—6 Uhr bin ich zu finden in Berlin W., Krausenstr. 56-58, Zimmer I p. (Hotel)
und zahle für
alte Gebisse
wie bekannt — allerhöchste Preise!
Gewöhnl. Platin-Zahn nicht unter M. 6.10
Platin-Stift- und Plattenzähne bis M. 100.— (nach Gewicht)
Platin Gramm 115.50 (nicht bis)
VOGLER. Berlin.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Aliment.-, Strafsachen, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Goseltsch, (geg. Tietz) 9-7, Sbds. Erledigt
Alexanderstr. 45.
Beobacht., Mitw. namh. Juristen. Sonntag 10—12 Vertrauenssachen.

Nicht in 6—8 Wochen
sondern in 3—5 Tagen werden sämtl. Militär- u. Zivilgarderoben gefärbt. — Trauersachen binnen 24 Stunden. — Samt- u. Plüschgarderoben werden durch Aufdämpfen wie neu hergestellt.
Schnellfärberei u. chem. Reinigungsanstalt
Tel.: Amt **Nord-West.** Hansa 1075
(Gatz & Sieg)
Fabrik u. Expedit., Gotzkowskystr. 21, Hauptgeschäft Gotzkowskystr. 13. II. Geschäft, Möckernstr. 112. III. Geschäft, Schönhauser Allee 175 am Senefelderplatz.

Isolierte Kupferleitungen
und blanke kauft ständig jeden Posten gegen Kasse
Elektromotoren jeder Größe und Spannung.
Bauer, W35, Schöneberger Ufer 33
Lützow 9856.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I. Etage. Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10—12 und 4—8, Sonntags 10—12

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Größte Rücksicht.
Einzelne Möbel werden bereitwilligst abgegeben.
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr,
Müllerstraße 7, eine Treppe
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Liefere auch nach auswärts.

Alte Gebisse bis 1000 Mk.
kauft
Platina-Zähne nicht unter **7,—Mk.,**
Gold, Silber, Platina
Zahle mehr wie Hotel-Aufkäufer
Frau **Knuth,** Zionskirchstraße 54, vorn II.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti,
nur **Rosenthaler Straße 69-70,** Ecke Linienstraße 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1.

Kupfer,
Messing, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle
Platin! Gold! Silber!
Zahngebisse z. Schmelzpreisen kauft
„Metallschmelze Cohn"
jetzt nur Bahnhofstr. 2, Ecke Schöneberger Straße (am Anhalter Bahnhof).

Kupfer!
Messing! Quecksilber! sämtl. Metallabfälle! Platin! Silber! Zahngebisse! kauft zu höchst. Schmelzpreisen
Schmelze Baruch
nur Beusselstr. 29.

Kupfer
Messing, Quecksilber, Sämtliche Metallabfälle, sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse
kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen
Metallschmelze „Boldes"
WEIDENWEG 72
am Baltenplatz.

Eg. Geschäft Kr. Verwert.
Höchste Preise über Tageskurs
zahlt für
Platin-
Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmucksach., Blitzableiterspitzen,
Gold-
Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold,
Silber-
Barren, Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel
nur
Metallkontor
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 138
am Halleschen Tor
— Gegründet 1903 —
Tel.: Moritzpl. 12858
Tel.-Adr.:
Metallkontor
Berlin SW 68.
Metallkontor Berlin SW 68 :: Tel.: Moritzplatz 12858

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin!
Zahngebisse,
Zähne bis 15.— Mark
Gold, Silber, Münzen salpeters. Silber
Quecksilber / Glühstrumpfasche / Stanniolpapier / Tressen
Kupfer / Rotguß / Messing
Zinn / Nickel / Weißmetall
Aluminium / Blei / Zink
höchstzahlend
Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstrasse 31
(Alex. 4242)

Platin! Gold! Silber! Brillanten!
Zahngebisse!
Unmodernen Schmuck!
kauft zu staunend hohen Preisen
Kokoski, Brunnenstr. 1b (Humboldt 3486)

Zahngebisse! Platinabfälle, Goldsachen, Silbersach., sämtl. Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze Christiansen, **Köpenicker Straße 20a** gegenüber Manteuffelstraße.

Platina, Gramm 116 Mk.
Gold, Silber, Zahngebisse bis **1000 Mk.**
Zähne, Pl., nicht unter kauft **6,50 Mk.**
Hausdorf, Palisadenstr. 11
vorn 2 Treppen.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür; gedenken wir an diesem Tage auch der Opfer der Revolution, aller derer, die mit ihrer Person für die Sache des Proletariats eingetreten sind.

Tausende schmachten in Gefängnissen und Schutzhaft. Ehrensache der Unabhängigen Sozialdemokratie ist es, diesen Klassengenossen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Parteigenossen! Sammelt allerorten Geld und sonstige Gaben und übergebt sie den örtlichen Organisationsleitungen, die sich mit den Bezirksleitungen über die Verteilung verständigen werden.

Das Zentralkomitee der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Beschaffungsbeihilfe für Staatsarbeiter.

Am 2. Oktober hat die preußische Landesversammlung beschlossen, Beamten und Lohnempfängern eine Beschaffungsbeihilfe zu gewähren. Dieser Beschluß erfolgte, nachdem für die im Reichsdienst Tätigen eine gleiche Entschließung vorausgegangen war. Als Bedingung für den Bezug dieser Beihilfe war eine Beschäftigungsdauer von 6 Monaten vorgesehen. Nur wer am 3. September 6 Monate im staatlichen Dienst oder Arbeit war, war berechtigt, diese Beihilfe zu erhalten. Diese Bestimmung hat viel Härten mit sich gebracht. Die Beamten erhielten die Zuwendung ohne weiteres, die Arbeiter, die nach dem 3. März eingetreten waren, gingen leer aus. Das löste starke Mißstimmung bei den Arbeitern aus, die ausfielen. Unsere Genossen in der preußischen Landesversammlung suchten Abhilfe zu schaffen. Sie stellten den Antrag, die Beschaffungsbeihilfe auch denen zu gewähren, die weniger als 6 Monate Beschäftigungszeit im Staatsbetriebe hinter sich haben, mit der Maßgabe, daß nach Monaten abwärts gestaffelt werden sollte. Im Staatshaushaltsausschuß, dem der Antrag überwiesen wurde, standen unsere Genossen mit ihrem Antrag allein. Der Finanzminister erklärte, er verfüge über keinerlei Mittel, um die Kosten zu decken, die die Annahme des Antrages mit sich brächten, es seien 30 Millionen; und veranlaßte die Mitglieder des Staatshaushaltsausschusses, unsern Antrag rundweg abzulehnen; auch die Rechtssozialisten stimmten gegen den Antrag, der nur die Stimmen unserer beiden Vertreter erhielt. Diese Ablehnung unseres Antrages hat natürlich böses Blut gemacht und die Staatsarbeiter haben allenthalben entschieden Stellung genommen. Die Meinung der Arbeiter kam in vielen Eingaben an die Landesversammlung zum Ausdruck. Es wurde darauf hingewiesen, daß sehr viele Arbeiter, bevor sie den Dienst als Staatsarbeiter antraten, im Kriege waren, und es sei nicht ihre Schuld, wenn sie nicht früher eingestellt worden seien. Dazu kommen diejenigen aus der Gefangenschaft und den Lazaretten. Ueber Eingaben solcher Art verhandelte am Dienstag abend der Staatshaushaltsausschuß. Es wurde erneut angeregt, ob es nicht doch möglich sei, den Arbeitern, die Kriegsteilnehmer waren, aber keine 6 Monate in Arbeit sind, die Beschaffungsbeihilfe zu gewähren.

Darauf erklärte der Finanzminister Dr. Südekum: Es müsse in allen Fällen eine Grenze gezogen bleiben, die natürlich immer gewisse Härten mit sich bringe, die sich nicht ganz vermeiden lassen. Nun hätten Feststellungen ergeben, daß die Arbeiter, die von der Beschaffungsbeihilfe in Preußen ausgeschlossen worden seien, 18 Prozent betragen. Von diesen Arbeitern in Staatsbetrieben seien 98 Prozent Kriegsteilnehmer. Es wäre zuzugeben, daß es für diese Arbeiter, die nicht dafür könnten, daß sie die Karrenzzeit nicht hätten durchmachen können. Es müsse diesen Leuten entgegengekommen werden. Wenn er seinerzeit bei Beratung unseres Antrages die finanzielle Unmöglichkeit dargetan habe, so stände er heute freier da, weil das Reich die für die Beamten entstandenen Kosten übernehme. Für Preußen blieben nur die Kosten für die den Arbeitern zugewendeten Beihilfen übrig. Den Wünschen der Bittsteller soll nun insofern Rechnung getragen werden, als den noch nicht 6 Monate in Staatsbetrieben beschäftigten Lohnempfängern, die Kriegsteilnehmer waren, die ganze Beschaffungsbeihilfe gezahlt werden sollte, soweit sie am 3. September in Arbeit gestanden haben. Die Ausführungsbestimmungen sollen in diesem Sinne ergänzt werden. Soweit es sich um die übrig bleibenden 2 Prozent handele, soll in Notfällen besonders geholfen werden können.

Diese Entschließung des Finanzministeriums ist zu begrüßen. Unser Vertreter im Staatshaushaltsausschuß, Genosse Leid, stellte den Umfall des Finanzministers mit Genugtuung fest, obwohl die Begründung für den Umfall eher in der sehr gereizten Stimmung der Arbeiter zu suchen sein dürfte, die auch den Rechtssozialisten nicht unbekannt geblieben ist. Es bleiben immer noch die Arbeiter ausgeschlossen, die in Bergwerksbetrieben arbeiten, die angeblich im Lohn die Zulage erhalten hätten.

Es ist selbstverständlich, daß auch die gleiche Kategorie von Arbeiter, die für das Reich tätig sind, in gleicher Weise behandelt werden.

Der Münchener Attentatsprozeß.

München, den 10. Dezember.

In der gestrigen Nachmittagssitzung wurde als erster Zeuge der revolutionäre Arbeiterrat Baldus vernommen. Er gab an, Lindner wär bereits, als er in das Arbeiterratszimmer trat, in größter Aufregung gewesen. Innerhalb 10 Minuten steigerte sich seine Erregung derart, daß ihm Wasser aus dem Munde lief. **„Da haben wir den Saustall"**, sagte er, **„da steckt kein anderer dahinter als Auer, der Judas"**. Lindner befand sich in einem Zustande, den man als Tollwut bezeichnet. Vert. Dr. Sauter: „Haben Sie die Meinung, daß das Attentat gegen Auer auch ohne das Attentat auf Eisner möglich gewesen wäre?" Zeuge: Nein. In einem großen Teil der Arbeiterschaft bestand eine Antipathie gegen Auer. Vert. Dr. Sauter: Ist im revolutionären Arbeiterrat irgend ein Beschluß gefaßt worden, daß Minister aus dem Wege geräumt werden sollten? Zeuge: Nein, ich mußte sonst davon wissen.

Regierungsdirektor Wild sagt aus: Am Mordtage sind auf einmal fünf bis sechs Leute auf mich losgestürzt. Der erste packte mich am Kragen und rief: „Bluthund, heute müssen alle hin, Du Bluthund!"

Lindner: Einen solchen Ausdruck führe ich überhaupt nicht in meinem Munde.

Der Zeuge Regierungsassessor Dr. Tenner, der Vorsitzende des polizeilichen Erkennungsdienstes, stellt fest, daß drei Kugeln von der Tribüne in den Saal gefeuert worden sind. Sämtliche fünf Kugeln, die in der Hand des Gerichtes sich befinden, stammen aus einer Fabrik.

Der nächste Zeuge Rauscher war Mitglied des revolutionären Arbeiterrates. Er sagt aus: Ich bin am 21. Februar nach der Ermordung Eisners mit bekannten in den Landtag gegangen. Einzelne Soldaten sagten uns: „Raus kommt niemand mehr, es wird alles massakriert. Nur Mitglieder des Bauernbundes dürfen heraus. Drei Wochen später traf ich den Zeugen Luttner auf der Straßenbahn. Ich fragte ihn, ob es richtig sei, daß Lindner es gewesen, der auf Auer geschossen habe. Luttner sagte, ja, das ist Lindner gewesen. — Vors.: Stimmt es, daß Luttner es Ihnen gesagt hat, wir waren alle droben auf der Galerie? — Zeuge: Ja, das stimmt. Ich möchte noch betonen, daß ich im revolutionären Arbeiterrat heftig angegriffen worden bin, weil ich zur Vernunft ermahnt habe. Erich Mühsam hat mir einmal erklärt: „Am nächsten Tage geht etwas los, dann sind Sie der erste, der dran glauben muß. — Vors.: Zeuge, erinnern Sie sich wirklich genau, daß Luttner Ihnen gesagt hat, Hegemeister habe geschossen? — Zeuge: Das ist ganz bestimmt richtig.

Hierauf wird der Zeuge Luttner, der vorher schon vernommen wurde, noch mal vorgerufen. Er stellt alles in Abrede und will die Affäre nur von Augenzeugen gehört haben. Er sei am Mordtage überhaupt nicht im Landtage gewesen. Der Staatsanwalt beantragt dennoch die Verhaftung Luttners wegen Verdacht des Meineides.

2. Verhandlungstag.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Postsekretär Kalbskopf hat auch den Eindruck eines Komplotts von der Sache gehabt. Dafür sprach die außerordentliche Besetzung der Tribüne mit revolutionären Arbeiterratsmitgliedern und die, während der Tat von dort erschallenden Zurufe: „Hoch das Proletariat!" und ähnliches. — Der folgende Zeuge, Kunkel, der für die „Münchener Neuesten Nachrichten" die Landtagsstimmungsbilder schreibt, schildert die Vorgänge von damals: „Die Tribüne war außenordentlich stark besetzt. Allgemein fiel es auf, daß die Diplomatentribüne mit Leuten besetzt war, die ich als zweifelhafte Elemente ansprechen mußte. Als der Beginn der Verhandlungen sich verzögert, entstand im Saal Unruhe. Ich unterhielt mich gerade mit einigen auswärtigen Berichterstattern, als ein Soldat zu mir trat und mich fragte, ob ich von den „Neuesten Nachrichten" sei. Er überreichte mir dann ein zersplittertes und blutbefleckes Opernglas und erklärte mir, daß es dem soeben erschossenen Ministerpräsidenten Eisner gehörte. Das war für mich sofort das Signal sofort an das Telephon zu eilen und mich mit meiner Redaktion in Verbindung zu setzen, da ich mir sagte, daß angesichts dieser Tat die Fernsprechverbindungen sehr bald gesperrt würden. Als ich wieder in den Saal zurückkehrte, sprach gerade der Alterspräsident Jäger sein Bedauern über das Attentat aus. Dann trat eine einstündige Pause ein. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung wollte Auer eine kurze Erklärung zum Tod Eisners abgeben. Er hatte kaum einige Worte gesprochen, als ein Mann in grauem Mantel mit einem breitkrempigen Hut auf dem Kopf durch einen Seiteneingang im Saal erschien, vor die Ministerbank trat und zwei Schüsse auf Auer abgab. Der Generalstabsoffizier Major Gareis trat dem Mörder entgegen. Er umfaßte ihn und es kam zwischen beiden zu einem Ringen, während dessen Gareis niedergeschossen wurde. Am Saaleingang, der durch einen Vorhang verdeckt war, stand während dieser Zeit ein zweiter Mann, ebenfalls mit grauem Mantel und Hut auf dem Kopf und hielt den Vorhang empor, offenbar, damit der Mörder schnell entweichen konnte. Dieser ging auch noch noch dem Eingang zurück und verschwand auf Augenblicke hinter dem Vorhang. Plötzlich sprang er wieder hervor und gab blindlings noch zwei bis drei Schüsse ab. Dann ging der Täter hinaus. Im Saal herrschte ungeheure Aufregung und es wurde auch noch geschossen. Im ganzen fielen noch etwa 8 bis 10 Schüsse, es können aber auch mehr gewesen sein. Nach Besprechung mit meinen Kollegen kam ich zu der Ueberzeugung, daß nach der Beschreibung der Anführer das revolutionäre Arbeiterratsmitglied Hagemeister war. (Hagemeister ist inzwischen wegen Hochverrates in einer anderen Sache zu 10 Jahren Festung verurteilt worden.) Später traf ich im dritten Stock des Gebäudes den Angeklagten Lindner in Begleitung von zwei bis drei Leuten. Zu den tatenlos umherstehenden Soldaten sagte ich darauf, das sei ja der Täter, der auf Auer, Oesel und Gareis geschossen habe. Die jungen, sehr lässig gekleideten Soldaten erklärten mir jedoch, da greifen wir nicht ein, das hat schon so sein müssen. Nach der ganzen Art des Auftretens schienen mir diese Leute gar keine Soldaten zu sein, sondern nur in Uniformen gesteckt worden zu sein. Ich kam deshalb zu der Meinung, diese Soldaten seien gar nicht zum Schutze des Landtages da, sondern zu ganz anderen Zwecken. Auf Befragen des Verteidigers schildert der Zeuge eingehend und mit Demonstrationen, wie Lindner in gedückter Haltung um die Ministerbank herumging und sich dann seitwärts zu drücken suchte. Lindner habe gerufen: „Das gilt euch allen, das ist die Rache des Proletariats!"

Es werden dann eine Anzahl Landtagsabgeordneter, Journalisten und Landtagsboten über diese Vorgänge vernommen.

In der weiteren Zeugenvernehmung bekundet der Sachverständige Professor Adolf Schmidt, daß die Aussage des Zeugen Redakteur Kunkel sich völlig mit der Aussage der Pflegeschwester des Majors v. Gareis deckt. Kunkels Aussage werde auch durch den Befund der Sektion bestätigt.

Zeuge Rechtspraktikant Gutmann hat der Sitzung von einer Tribüne beigewohnt. Er sagt aus: Als ich in den Landtag kam, hörte ich von Soldaten: „Die Abgeordneten werden erschossen, besonders aber die von der schwarzen Volkspartei." Ich sah, wie von der reservierten Tribüne jemand in den Saal hinunterschoß, nachdem Lindner zwei Schüsse abgegeben hatte.

Die Sitzung dauert fort.

Preußische Landesversammlung.

Universitäten. Technischer Unterricht.

Gestern wurde über den Kultusetat weiter beraten. Der Zentrumsmann Lauscher stellte sich vor das Haus und schob unverfroren die Schuld am Zusammenbruch dem moralischen Niedergange infolge der Absage an das Christentum zu. Das Evangelium stellte er über den Reichsgedanken. Die christliche Weltanschauung müsse an den Universitäten mehr Eingang finden und, alles in allem genommen, müsse möglichst wenig am bestehenden Zustande geändert werden.

Minister Haenisch wandte sich gegen den reaktionären Geist an den Hochschulen und gegen die akademischen Sonder-

---

55)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

IV.

Sie schritten eine Weile schweigend dahin; Jimmie versuchte, diese neuen Ideen in sich zu verarbeiten. Sie waren ihm neu; nicht, daß er sie nicht schon öfter gehört hätte, doch hatte er sie noch nie aus dem Munde eines Deutschen vernommen. „Wie stellt sich Ihr Vater dazu?" fragte er schließlich.

„Er ist der Gleiche geblieben, und das erschwert alles sehr; es kostet Mühe, Streitigkeiten auszuweichen. Er ist alt, neue Ideen wollen ihm nicht recht einleuchten. Dabei sollte er der Erste sein, der derartiges begreift — sein Vater war einer der alten Revolutionäre, wurde in Dresden ins Gefängnis geworfen. Sie wissen wohl nicht viel von der deutschen Geschichte?"

„Nein," entgegnete Jimmie.

„In jenen Tagen kämpften die Deutschen um die Freiheit, sie wurden von den Truppen besiegt, die echten Revolutionäre in die Verbannung geschickt; etliche kamen nach Amerika, darunter auch mein Großvater. Die Kinder dieser Verbannten jedoch haben das Unrecht vergessen, das den Eltern angetan worden war — sie blicken sentimental auf ein Deutschland zurück, das nur in Erzählungen und Liedern existiert — eine Art Weihnachtsbaum-Deutschland. Sie wissen nichts von dem heutigen Deutschland, dem Deutschland der Eisen- und Kohlenkönige, das in sich alle Grausamkeit des Feudalismus mit moderner Zulänglichkeit und Wissenschaft vereinigt — das Raubtier mit dem Gehirn eines Ingenieurs."

In Gedanken versunken, strebten sie weiter. Plötzlich brauch Emil aus: „Dieser Krieg ist für mich eine Offenbarung gewesen, die furchtbarste, die man sich vorstellen kann. Es ist, als liebte man eine Frau und müßte zusehen, wie sie verrückt, wie sie zu einem wilden Tier wird. Denn auch ich glaubte an das Weihnachtsbaum-Deutschland, liebte es, verteidigte es, konnte nicht glauben, was in den Zeitungen stand. Wenn ich zurückblicke, scheint mir, die deutschen Kriegsherren hätten meinem Geist eine Falle gestellt — ihr Einfluß hätte bis nach Amerika herübergereicht, mich gezwungen, so zu denken, wie es ihnen paßte! Vielleicht bin ich nun ins andere Extrem übergegangen — ich mißtraue allem, was deutsch ist. Mein Vater beschuldigte mich dessen gestern abend; er sang ein altes deutsches Lied: „Wo man siegt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder," und ich sagte, die Nation, die dies verkündet, sei die gleiche, die singend in Belgien einmarschiert sei!"

„Teufel!" rief Jimmie. Er konnte sich vorstellen, wie der alte Hermann Forster diesen Ausspruch aufgenommen hat.

Der junge Teppichzeichner lächelte etwas traurig. „Er meint, es komme daher, weil ich die Uniform angezogen habe. Da verfolgten mich diese Gedanken schon seit langem, und trieben mich plötzlich zum Entschluß. Ich wurde für dienstuntauglich erklärt, mußte mich so oder so entschließen. Ich beschloß zu kämpfen, und meldete mich sofort. „Emil schwieg einen Augenblick, schaute fragend auf den Freund: „Und Sie?" —

Jimmie gehörte natürlich zu jenen, die jeder Musterung scheu auswichen, zu den verhaßten Drückebergern. Sonst hätte er es Emil mitgeteilt und beide hätten gelacht; dies war aber ein Emil in Khaki, ein patriotischer Emil, man wird gut daran tun, ein wenig mißtrauisch zu sein. „Sie haben mich noch nicht; ich bin nicht mehr gar so überzeugt, doch bin ich noch lange nicht bereit, Soldat zu werden, könnte es nicht ertragen, wenn man so mit mir herumkommandierte, wie der Kerl es mit euch tut."

Emil lachte: „Ich will doch etwas lernen."

„Braucht er denn so zu schimpfen?"

„Das gehört dazu! Stört niemanden. Er peitscht uns auf, und dessen bedürfen wir."

Dies kam Jimmie so neu vor, daß er keine Antwort fand.

„Sehen Sie," fuhr der andere fort, „wenn man wirklich kämpfen will, nimmt man alles in den Kauf; es ist ganz merkwürdig, wie sich die Gefühle verändern. Man stellt sich vor, daß man sich dem Feind gegenüber befindet, weiß, daß der Erfolg von der Disziplin abhängt. Hat man einen Führer, der seine Sache versteht, so läßt man sich gerne von ihm belehren. Ich weiß, daß dies aus meinem Munde komisch klingen muß, doch habe ich gelernt, die Disziplin zu lieben. „Emil lachte, ein kurzes nervöses Lachen. „Unser Heer nimmt die Sache ernst und versteht sich darauf. Seit dreieinhalb Jahren wird in Europa gekämpft; die Alliierten haben ihre besten Leute herübergeschickt, um uns zu lehren; und wir arbeiten, als ob der Teufel hinter uns wäre."

V.

Es war höchst merkwürdig, derlei Dinge von Emil Forsters Lippen zu hören. Jimmie vermochte es kaum zu fassen, seine Füße suchten in einer fortgleitenden Welt nach Halt und Stütze. Die sozialistische Bewegung wird verführt, von den Militaristen überredet! Er wagte nicht, diesen Gedanken auszusprechen, meinte nur äußerst vorsichtig: „Fürchten Sie nicht, daß wir uns allzu sehr an das Kämpfen, an die Disziplin gewöhnen werden? Vielleichs wollen die Geldsäcke uns überlisten?"

„Ich weiß, auch ich habe daran gedacht, zweifellos werden sie es versuchen, verlangen aus diesem Grunde die allgemeine Dienstpflicht. Wir werden die Plutokraten bekämpfen müssen, müssen es jetzt schon tun, um klar zu machen, weshalb wir in den Krieg ziehen. Wir müssen allem Volke vor Augen halten, daß es der Zweck dieses Krieges ist, der ganzen Welt die Demokratie zu bringen. Sitzt dieser Gedanke einmal im Volkshirn fest, so haben die Imperialisten das Spiel verloren."

„Wenn euch das gelingt, dann natürlich . . ." begann Jimmie zögernd.

„Wir tun es jetzt schon!", rief Emil, „tun es tagtäglich. Denken Sie bloß an de Streik in Leesville."

„Welchen Streik?"

„Wußten Sie nicht, daß es einen neuerlichen Ausstand in der Empirefabrik gegeben hat?"

„Nein."

„Die Arbeiter traten in Ausstand, die Regierung sandte eine Schiedsrichterkommission und zwang beide Teile zum Nachgeben. Sie wurden mit dem alten Granitch fertig, er hat den Achtstundentag eingeführt und erkennt die Gewerkschaft an."

(Fortsetzung folgt)

gerichte. Auch er wünsche, daß Wissenschaft und Arbeiter sich verbinden.

Hierauf wurde vieles und schönes über die Verbesserungsbedürftigkeit der technischen Hochschulen, über den Aufstieg der Tüchtigen usw. geredet. Aber dabei blieb es auch. Genosse Dr. Wehl legte dar:

Zu dieser Regierung können wir kein Vertrauen fassen, denn sie ist mit dem Joch der Koalition belastet. Das Zentrum hat jetzt in Preußen den Block aufgekündigt und es wird sich zeigen, was nun die Rechtssozialisten tun werden. Bisher haben wir hinter Herrn Haenisch den Zentrumsmann Wildermann als Drahtzieher gesehen. Die Regierung muß schließlich jeden Rest von Vertrauen verlieren, wenn solche Urteile wie im Marlohprozeß unangefochten bleiben. Auch an den technischen Hochschulen sind die Studenten und Professoren häufig nichts anderes als Knechte des Kapitals. Dieser Tatsache entspricht es, daß vielfach Aerzte gesellschaftlich und beruflich geächtet werden, die den Künstlern als gefährliche Konkurrenz erscheinen. Einem Breslauer Arzt, der ein Heilverfahren für eine bestimmte Erkrankung der Hüttenarbeiter gefunden hat, ist die Tätigkeit für die Berufsgenossenschaft unmöglich gemacht worden. Professor Abderhalden ist auf ähnliche Weise gezwungen worden, dem parlamentarischen Leben zu entsagen.

Es ist hier von demokratischer Seite die Frage aufgeworfen worden, was der Arbeiter auf der Universität zu suchen habe. Das deutet auf eine ungeheuerliche Verständnislosigkeit für das Bildungsstreben der proletarischen Massen. Man will Brosamen spenden, wo ein Anspruch auf vollen Anteil an den Kulturerrungenschaften besteht. Man hofft Proselyten für die demokratische Partei zu machen. Täuschen Sie sich nicht. Die Arbeiterschaft wird sich das Maß an Wissen anzueignen wissen, das sie braucht, um für ihren Befreiungskampf gerüstet zu sein. (Lebh. Beifall links.)

In später Stunde kamen dann noch die Interpellationen der Rechtssozialisten und die unserer Fraktion wegen der Teilnahme von Schulkindern an politischen Demonstrationen anläßlich des Hindenburgrummels zur Sprache. Die Beantwortung erfolgt heute Mittag.

Deutsche Nationalversammlung.

130. Sitzung. Mittwoch, den 10. Dezember 1919.

Am Regierungstische: Erzberger.

Das Reichsnotopfer.

Die allgemeine Aussprache beim § 1 wird fortgesetzt.

Abg. Braun-Franken (Soz.): Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Herren von der Rechten alles tun wollen, um das Zustandekommen des Reichsnotopfers zu verhindern. Für die Rechte gilt das abgeänderte Wort Bismarcks: **Wir Deutschen fürchten nichts so sehr, als Steuern zu zahlen.** Das Kapital hat sich immer vom Steuerzahlen gedrückt, schon seit der Gründung des Reiches. Alle Lasten mußten die breiten Massen tragen. **Der Kampf gegen Erzberger ist nichts weiter als ein Kampf gegen die Belastung des Besitzes.** Man will diesen Mann fällen, weil er im Gegensatz zu seinen Vorgängern die größte Tatkraft bei der Lösung der Finanzfragen zeigt. Ihre Politik (nach rechts) führt naturgemäß zum **Staatsbankerott** und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Ich komme jetzt zu dem unangenehmsten Teil meiner Rede, zu Herrn Dr. Hugenberg. Wir hätten es begriffen, daß Herr Hugenberg gegen das Steuerzahlen der Besitzenden ist. Seine Rede war aber mehr als eine Massenkampfrede des Kapitalismus. Ich muß Herrn Hugenberg ins Gedächtnis rufen, daß er in dem Bestechungsprozeß gegen die Firma Krupp nicht vereidigt worden ist, weil er dem Richter der Teilnahme verdächtig erschien. Dieser Mann redet hier von Korruption, der selbst das preußische Beamtentum im Kriegsministerium und Reichsmarineamt durch Bestechung korrumpiert hat.

Präsident Fehrenbach: Es geht nicht an, daß Sie einem Abgeordneten vorwerfen, er habe Beamte korrumpiert.

Abg. Braun (fortfahrend): Von der Firma Krupp, deren Generaldirektor Herr Hugenberg bis zur Revolution gewesen ist, sind die interessantesten internationalen Beziehungen gepflogen worden. So sind mit den Putilowwerken, deren Kanonen unsere eigenen Soldaten nachher niedergemäht haben, technische Erfindungen ausgetauscht worden. **Nach Nordamerika ist die Tonne Kruppschen Panzerstahls um 40 M. billiger geliefert worden als an Deutschland.** Ist das Patriotismus? Diese Leute wagen heute von Korruption zu sprechen! Im Krieg, den Sie (nach rechts) verherrlichen und wiederholen möchten, liegen die Wurzeln der Korruption. Auch die Korruption des Schiebertums ist aus dem Kriege entstanden. Die Geschichte des Stahlwerksverbandes, bei der Herr Dr. Hugenberg eine Rolle spielte, ist eines der traurigsten Kapitel: nicht für Sie (nach rechts); für Sie ist es ein goldiges Kapitel. Der Stahlwerksverband hat 1915 die Notlage des deutschen Volkes in der unerhörtesten Weise ausgenutzt. (Zuruf rechts: Unwahr!) Der Untersuchungsausschuß wird sich hoffentlich gründlich mit der Frage beschäftigen, warum die Stahlindustrie sich **zehn Millionen Wuchergewinn monatlich** verschaffen konnte. (Hört, hört! bei den Soz.) Merkwürdigerweise ist

ein großer Teil dieser Akten aus dem Kriegsministerium verschwunden,

(Hört, hört!) In Massen wurden deutsche Stahlschienen über die Schweiz nach Italien geliefert, damit Italien daraus Waffen gegen Deutschland machen konnte. (Hört, hört! links.) Helfferich duldete diese Geschäfte; er war ein Finanzminister nach dem Herzen der Rechten. (Sehr wahr! links.)

Abg. Farwick (Zentr.): Wir billigen den Gesetzentwurf und stehen in allen seinen Hauptsachen auf seinem Boden. Einige Abänderungsanträge werden wir noch einbringen. Dieses Reichsnotopfer ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Wir Demokraten sind bereit, dem Besitz das größtmöglichste Opfer aufzuerlegen; indessen ist die Frage, ob das in Form einer einmaligen Vermögensabgabe erfolgen soll, oder in der Form einer jährlich zu erhebenden Abgabe, noch nicht endgültig geklärt. Die Fraktion wird daher ihre Abstimmung in zweiter Lesung nur als vorläufig ansehen. Die Entscheidung wird erst in der dritten Lesung fallen. Wir stehen aber auf dem Boden der Vorlage und werden auch in der zweiten Lesung dafür stimmen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.): Der Redner empfiehlt den Weg der Zwangsanleihe anstelle der Regierungsvorlage.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Behauptung, daß durch das Reichsnotopfer der Tod des deutschen Wirtschaftslebens herbeigeführt wird, ist falsch. Das deutsche Volk erträgt nicht, daß **solche ungeheuren Ansammlungen von Vermögen vor dem Kriege** und leider noch während des Krieges stattgefunden haben. **Wenn das Reichsnotopfer nicht zur Verabschiedung kommt, ist eine indirekte Steuerbelastung nicht durchführbar,** dann kann keine Regierung unser Wirtschaftsleben ruhig und sicher aufwärts führen. Es wird dafür gesorgt werden, daß die gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe lebenskräftig und lebensfähig erhalten bleiben. Das Reichsnotopfer ist notwendig, es muß rasch verabschiedet werden.

Abg. Wurm (U. S. P.):

In der Mehrheit wackelt es, wie die Unstimmigkeit bei den Demokraten über das Reichsnotopfer zeigt. Es hat sich ein großes Schachergeschäft entwickelt mit dem Zweck, den Minderbemittelten die Lasten aufzutragen. Die Rechte will eine einmalige Abgabe anstelle der durch das Reichsnotopfer vorgesehenen laufenden Abgabe, weil eine einmalige Abgabe vom nächsten Reichstag wieder beseitigt werden könnte, während die laufende Abgabe nicht mehr zu beseitigen wäre. Daß die dauernde Abgabe in das kapitalistische Wirtschaftsleben tief eingreift, ist richtig. Aber das ist

der Fluch der bösen Tat,

für die die Rechte voll verantwortlich ist. Jetzt rächt sich ihr Vabanque-Spiel während des Krieges. Das Kapital muß noch in ganz anderer Weise herangezogen werden. Es hat den Krieg verursacht und soll nun auch die Zeche bezahlen. Die Rechte sucht von dem unabwendbaren Schicksal der Ablösung durch eine neue Wirtschaftsform hinwegzukommen. Das Reichsnotopfer bedeutet keine Sozialisierung. Auch die Steuergesetze sind keine Sozialisierungsgesetze. Aber sie bereiten den Weg dazu vor, weil das Volk dazu gezwungen wird, aus sich heraus eine neue Wirtschaftsform zu schaffen. Es handelt sich darum, daß nur der Besitz Steuern zahlen soll. Jeder Pfennig, der den Arbeitern auferlegt wird, ist eine Ungerechtigkeit, gegen die sich die Arbeiter zu wehren haben. **Wir bewilligen keinen Pfennig einer Steuer, die den wirtschaftlich Schwächeren stärker trifft als den wirtschaftlich Starken, und das ist das Wesen der indirekten Steuern.** Es ist eine Machtfrage, die jetzt hier zur Entscheidung kommt. Viel hängt davon ab, welche Mächte zwischen der zweiten und dritten Lesung hinter den Kulissen noch in Bewegung gebracht werden. Wenn das Gesetz abgelehnt wird, dann können wir schon heute sagen, sehen wir Sie (nach rechts) nicht wieder. (Beifall b. d. U. Soz.)

In namentlicher Abstimmung wird sodann über den Antrag Dr. Becker (D. Vp.) die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen, abgestimmt. Der Antrag wird mit 286 gegen 48 Stimmen der Rechten abgelehnt.

2. Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes der Polizeibeamten Preußens.

Der Verband der Polizeibeamten Preußens hielt am Montag und Dienstag in den Musikersälen seinen zweiten außerordentlichen Verbandstag ab. Das Reichswirtschaftsamt, das Landespolizeiamt und das Polizeipräsidium Berlin hatten Vertreter entsandt. Zu Beginn der Tagung hielt der Syndikus der Gemeinde Berlin-Lichterfelde, Dr. Fuchs, einen Vortrag über

Die Reorganisation der Polizei,

Als erfahrener Kommunalbeamter forderte er, daß in der Ortspolizeiverwaltung alle Zweige der Polizei zusammenlaufen müßten. Der kommunalen Verwaltung der Polizei müßte entschieden der Vorzug gegeben werden gegenüber der staatlichen. Selbstverwaltung und Polizeiverwaltung seien in eine Hand zu legen, der Gemeinde sei also die Exekution zu übertragen. Bei der Staatspolizei bestehe die erhebliche Gefahr, daß sie zum Selbstzweck würde, außerdem arbeite sie mit einem größeren Apparat als die Gemeindepolizei. Mit einer Staatspolizei käme es ständig zum Schaden des Publikums zu Kompetenzschwierigkeiten. Die Trennung der Ordnungs- von der Sicherheitspolizei sei theoretisch außerordentlich schwer, praktisch unmöglich. Auf keinen Fall dürfe die grüne Polizei die Vorhand bekommen, damit nicht auf diesem Wege der Militarismus seinen Eingang in die Polizeiverwaltung halte. Die Kriminalpolizei dürfe nicht der Staatsanwaltschaft unterstellt werden, sie würde dadurch anderen Aufgaben entzogen. Das neue Groß-Berlin müsse eine kommunale Polizeiverwaltung erhalten. Die Grundlage hätten die neu zu schaffenden Bezirksämter abzugeben. Die Polizei aller Bezirke sei dem Polizeipräsidenten Groß-Berlins zu unterstellen. Die Zahl der Beamten sei in ein bestimmtes Verhältnis zu der Einwohnerzahl zu bringen. Unerläßlich sei die Schaffung eines einheitlichen Beamtengesetzes. Sache der Kommune müsse die Polizeiverwaltung bleiben, der Staat könne sich den genügenden Einfluß durch Schaffung einer Aufsichtsbehörde verschaffen.

Anschließend referierte Dr. Falck als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums über

Die Aufgaben der Polizei im Interesse der Volksernährung.

In seinem Schlußwort bezeichnete sich der Referent selbst als Beamter des alten Regimes. Entsprechend behandelte er auch die Ursachen des Krieges und der heutigen Verhältnisse. In den Krieg seien wir allein durch das neidische Ausland verwickelt worden. Er lamentierte dann über den Egoismus der heutigen Zeit und die herrschende Arbeitsunlust. Die schamlosen Schieber, Wucherer und die Lügenhaftigkeit müssen bekämpft werden. Wirtschaftliche Sicherstellung der Beamten sei dafür unbedingt notwendig. In seinen weiteren Ausführungen trat der Referent für Beibehaltung der Zwangswirtschaft ein und Schaffung einer einheitlichen Reichspolizei. Wenn es nicht gelänge, die Landwirtschaft zur besseren Ablieferung zu bewegen, dann ständen wir vor dem Zusammenbruch. Es erginge uns wie Rußland und Oesterreich. Die Polizei sei Vollstreckerin des Willens des Volkes und eine ihrer vornehmsten Aufgaben sei es, die Ablieferung der Lebensmittel durch die Landwirte durchzusetzen.

In der anschließenden regen Aussprache sang u. a. das rechtssozialistische Mitglied der Nationalversammlung Müller ein Rattenfängerlied für seine Partei und teilte mit, was die S.P.D. alles vorhabe, für die Polizeibeamten zu tun. Von anderen Rednern wurde die Regierung des öfteren recht scharf angefaßt, die Experimente auf Kosten der Allgemeinheit mache. Die Beseitigung der verschiedensten Polizeien zugunsten einer Einheitspolizei wurde des öfteren verlangt.

Der Generalsekretär des Reichsverbandes deutscher Polizeibeamten Dr. Franke verlangte in längeren Ausführungen ebenfalls die Reichspolizei und empfand es als eine Demütigung, daß die Entente in ihrer letzten Note die Beseitigung der verschiedenen Sicherheitstruppen und Einwohnerwehren verlangt. Die Schuld trügen die oberen Herren, die die Fachleute nicht hören wollten. Auch heute beständen noch Möglichkeiten, eine Rückenstärkung zu schaffen und der Entente ein Schnippchen zu schlagen. (Das heißt mit anderen Worten also, der Friedensvertrag soll anderweitig umgangen werden. Und dabei wollen die Polizeibeamten gegen Lügenhaftigkeit und Korruption kämpfen. D. Red.)

Nach den Schlußworten des Referenten wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Verbandstag erklärt sich für die Schaffung einer einheitlichen Reichspolizei und eines Reichsressortministeriums für das Polizeiwesen".

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde noch einem Referate von Dr. Franke die Neuorganisation des Verbandes nach ziemlich erregter Aussprache beschlossen. Den Rest der Verhandlungen bildeten Ergänzungswahlen zum Vorstande und Beratungen über die eingegangenen Anträge. Bei den Beratungen arteten die Verhandlungen des öfteren in wüstes Durcheinander aus. Worte wie „Unsinn" und „Blödsinn" bildeten Argumente. Ein Delegierter von Frankfurt a. M., der Oberwachtmeister und Wachtmeister aus demokratischen Gründen in eine Gehaltsstufe eingereiht sehen wollte, wurde als Propagandist für das Rätesystem niedergeschrien. „soweit seien die Polizeibeamten denn doch noch nicht"!

Die Tagung hat bewiesen, daß von einem modernen Geist innerhalb der deutschen Polizeibeamtenschaft noch nicht viel zu spüren ist. Ein großer Teil betrachtet nach wie vor das Polizeiwesen als Versorgungsanstalt und läßt darüber hinaus die Dinge laufen wie sie wollen. Die Kommunalisierung der Polizei ist ein Mittel, um zu verhüten, daß die Polizei als Schutztruppe der Reaktion mißbraucht wird.

Gewerkschaftliches.

Transportarbeiter der Metallindustrie.

Auf Grund des Schiedsspruches vom 21. August waren auch die Transportarbeiter in die Lohnklassen einzugruppieren. In größeren Umrissen ist dies durch die Teilschiedssprüche vom 2. November geschehen. Die Bezahlung hat nach Bemessung der Leistung in den drei letzten Lohnklassen zu erfolgen. In einer Anzahl von Betrieben haben die Eingruppierungskommissionen bereits diese Frage mit den Betriebsunternehmern besprochen und zur Befriedigung beider Teile erledigt.

Als bisherige Resultate sind erzielt, daß der Lohnklasse 3 zu 2,60 M. Stundenlohn mit drei Lohnzuschlägen à 10 Pf. alle Elektromotorwagenführer, Kraftwagenführer, Großkranführer, Vorarbeiter und Kolonnenführer zugeteilt worden sind.

In Lohnklasse 4 zu 2,40 Stundenlohn mit drei Zuschlägen à 10 Pf. sind eingruppiert alle sonstigen Kranführer, ferner alle Fahrstuhlführer, Feuerwehrleute, Rangierer, Anbinder, Schwertransportarbeiter, Packer, Lagerarbeiter, Be- und Entlader, Ordermacher, Abschmierer, Kohlenarbeiter (Kohlenkarrer), Bretterträger in Tischlereien und Kutscher.

Alle anderen Transportarbeiter, soweit sie nicht noch später in eine höhere Lohnklasse entschieden werden, fallen unter die Lohnklasse 5 zu einem Stundenlohn zu 2,20 M. mit drei Zuschlägen von 10 Pf.

Ueber die Gewährung der Zuschläge ist eine Einheitlichkeit noch nicht erzielt, so daß hierin ein recht buntes Bild zutage tritt. Soweit der erste Zuschlag in Frage kommt, besteht allgemeine Klarheit, da dieser durch den Schiedsspruch geregelt ist. Ueber die Zahlung der beiden weiteren Zuschläge ergeben sich mancherlei Unklarheiten, die bereits zu Differenzen Anlaß gegeben haben, doch ist es möglich gewesen, in einer Anzahl von Betrieben auch

Was schenken Sie?

Nur nichts überflüssiges, werden Sie sagen; und Sie haben recht!

Wenn Sie aber einem Ihrer Lieben mit einem schönen Augenglas, sei es ein Kneifer, eine Brille oder eine Lorgnette, eine rechte Freude machen können, so haben sie ein nützliches Geschenk von bleibendem Wert gewählt. Wenn dieses Augenglas noch dazu von der Firma Optiker Ruhnke kommt, so weiß der Empfänger, daß es gediegen und seinen Preis wert ist, denn wir leisten dafür mehrjährige schriftliche Garantie.

☞ Kostenlos ☜

prüfen wir (auch nach dem Fest) Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von M. 12.50 an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Double-Kneifer (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. „so lange alle Reparaturen umsonst", selbst wenn die Fassung durch einen unglücklichen Zufall zerbrochen wird. Nur für Hornteile, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

Sind's die Augen, Geh' zu Ruhnke!

Optiker Ruhnke

22 Geschäfte

Altes Gold wird zum Tagespreise angekauft und in Zahlung genommen

C. Spittelmarkt, Ecke Wall-Str. — Alexander-Platz neb. Aschinger
S. Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz
W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauer-Str. — Link-Str. 1, a. Potsdamer Str. — Friedrich-Str. 193a, Ecke Leipziger Str. — Friedrichstr. 106, Ecke Ziegel-Str.
N. Chaussee-Str. 72. — Invaliden-Str. 164, Ecke Brunnen-Str. — Schönhauser Allee 81, Hochb.-Station Nordring
SW. Belle Alliance-Str. 4, am Halleschen Tor
NW. Friedrich-Str. 150, Ecke Dorotheen-Str.
Schöneberg: Haupt-Str. 21, a. Kaiser-Wilhelm-Pl.
Friedenau: Rhein-Str. 16, Ecke Sieg-Str., gegenüber der Kaiser-Eiche
Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33, a. d. Uhland-Str.
Charlottenburg: Tauentzien-Str. 13, Ecke Marburger Str. — Joachimsthaler Str. 2, am Bahnhof Zoo
Neukölln: Bergstraße 4, gegenüber Richardstr.
Spandau: Breite Straße 16 Neu!
Berlin: O. Frankfurter Allee 14. — N. Invaliden-Straße 117 am Stettiner Bahnhof.

stern eine befriedigende Lösung zu finden, und zwar dergestalt, daß die verbleibenden weiteren zwei Zuschläge von je 10 Pf. in kurzen Zwischenzeiten gezahlt werden müssen.

Soweit die Eingruppierung in den Betrieben noch nicht stattgefunden hat, ersuchen wir unsere Mitglieder, nun darauf zu drängen. In strittigen Fällen, wo eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen ist, muß uns von dem Fall umgehend Mitteilung gemacht werden, damit die auftretende Differenz im Beschwerdewege vor dem Schlichtungsausschuß ausgetragen werden kann.

Die Sektionsleitung.
J. A.: Karl Fromke.

Richtigstellung.

Der Genosse O. Heyn sendet uns folgende Zuschrift: „In Nr. 507 der „Freiheit" werden die Mitglieder des Zentralverbandes der Post- und Telegraphenbediensteten auf meine Person aufmerksam gemacht und mir nachgesagt, daß ich propagandistisch für die Betriebsorganisation tätig sei. Wenn damit gemeint ist, daß ich für Betriebsorganisationen im Sinne der R. P. D. agitiere, so ist das eine falsche Behauptung, die allerdings bei Ihrem Berichterstatter insofern erklärlich ist, als der Referent Schmidt dies in der Versammlung in seinem Schlußwort, auf das ich nicht antworten konnte, ebenfalls eine solche Behauptung aufgestellt hat. Ich habe nur für die auch Ihnen nicht unbekannte Bezirksorganisation der U. S. P.-Postbeamten agitiert, die mit einer gewerkschaftlichen Organisation nichts zu tun hat, sondern nur die Aufgabe erfüllen soll, unter den Postbeamten für die U. S. P. zu werben."

Der Schneiderstreik bei Wertheim ist durch gegenseitige gütliche Verhandlungen beigelegt, wobei sich herausgestellt hat, daß auf beiden Seiten ein Mißverständnis vorlag.

Zentralverband der Angestellten, Bildungsausschuß. Registratur- und Archivangestellte aller Fachgruppen, die Interesse an einem Fachlehrkursus über Organisation unter besonderer Berücksichtigung der Registratur haben, wollen sich am Donnerstag pünktlich 7½ Uhr abends im Lokal von Kernchen, Wallstr. 57, zur Teilnahme melden.

Am. Süd, Spandau. Meister, Vorarbeiter, Einrichter, Revisor, Aufseher, Zusammenkunft Freitag nachmittag 6 Uhr, Ravenéstraße 6 bei Mecklenburg.

A. E. G., Hennigsdorf. Freitag abend 6 Uhr Betriebsversammlung der arbeitenden und ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen im „Garde-Kasino", Sophienstr. 32. Auszahlung für L. f. und Stahlwerk findet Freitag vormittag im Streiklokal statt.

Druckfehlerberichtigung. In dem Bericht „Berufsorganisation — Industrieverbände — Betriebsorganisationen" in der gestrigen Abendausgabe muß es in der ersten Zeile des vierten Absatzes statt „reinen Betriebsorganisationen" heißen „reinen Berufsorganisationen".

Groß-Berlin.

Ein Protest gegen die Wuchergerichte.

Im Wintergarten fand gestern nachmittag eine große Versammlung aller im Hotel- und Gastwirtsgewerbe zusammengeschlossenen Verbände statt, um Protest zu erheben gegen die Ueberweisung der Hoteliers und Gastwirte, die rationierte Lebensmittel im Schleichhandel erwerben, an die Wuchergerichte. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gesagt wird, daß alle Betriebe am 18. d. M. geschlossen würden, falls nicht eine Aufhebung der Verordnung bis zum 16. d. M. erfolgt. Die Gastwirtsgehilfen, die sich ebenfalls an dieser Versammlung beteiligt hatten, brachten eine Resolution ein, die zwar die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft anerkennt, aber die Unfähigkeit der Regierung feststellt. Die Angestellten fordern die Regierung auf, nicht eine Bestrafung eines einzelnen Gewerbes herbeizuführen, sondern das Grundübel des Schleichhandels an der Wurzel zu erfassen, um dadurch der Gefahr der Kündigung und Entlassung von Abertausenden von gastwirtschaftlichen Angestellten vorzubeugen.

Nach Schluß der Versammlung formte sich ein langer Zug, der nach den Linden ging, um vor dem Ministerium des Innern zu demonstrieren.

*

Wir können in diesen Protest nicht mit einstimmen, denn wir haben nicht die Interessen eines einzelnen Berufsstandes zu vertreten, sondern diejenigen der Allgemeinheit, vor allem diejenigen der ärmeren Bevölkerung. Diese Bevölkerung weiß, daß ein sehr großer Teil der rationierten Lebensmittel im Schleichhandel verschwindet, sie weiß auch, daß die besten Abnehmer der Schleichhändler im Gastwirtsgewerbe zu suchen sind. Das arme Volk wird also um einen Teil der ihm zustehenden Lebensmittel betrogen, damit reiche Leute, die es sich leisten können, in Gasthäusern zu teuren Preisen zu speisen, ein besseres Leben zu führen vermögen. Auf diesen Mißstand ist so oft hingewiesen und Abhilfe verlangt worden, daß es Zeit ist, daß etwas zur Abhilfe geschieht.

Nun hat die preußische Regierung eine Verordnung erlassen, wonach allen denen, die einem Handelsverbot zuwider oder ohne erforderliche behördliche Erlaubnis Geschäfte mit Gegenständen des täglichen Bedarfs abschließen, auch dem Wuchergericht überwiesen werden können. Die Entscheidungen dieser Wuchergerichte, die auf Entziehung der Handelserlaubnis und Schließung der Geschäfte erkennen können, sind — darin kann eine Härte erblickt werden — endgültig, es gibt keine Berufung dagegen. In dieser Beziehung müßte eine Milderung erfolgen, denn es ist nicht angängig, dem Beklagten die Möglichkeit zu unterbinden, eine eventuell unrechtmäßige Bestrafung wieder rückgängig machen zu lassen.

Will man jedoch Schleichhandel und Wucher wirksam bekämpfen, dann muß etwas geschehen, und die Wuchergerichte sind ein Mittel, das, wenn konsequent angewandt, eine Besserung herbeiführen könnte. Unser Wirtschaftsleben ist noch lange nicht so weit, um die Zwangswirtschaft entbehren zu können. Wenn diese aber bestehen muß, dann kann sie auch vor einem Gewerbestand nicht Halt machen.

Die Einäscherung des Genossen Barenthin.

Im Krematorium Gerichtstraße wurden gestern in den frühen Abendstunden die sterblichen Reste unseres Genossen Barenthin der Flamme übergeben. Neben den Angehörigen erwiesen zahlreiche Freunde und Parteigenossen dem Entschlafenen die letzte Ehre. Harmoniumspiel und Gesang leiteten die Feier ein. In warmen Worten und selbst tief ergriffen, gedachten die Genossen Paul Hoffmann, Weise und Manasse der Verdienste des Verstorbenen um die Partei, schilderten ihn als treusorgenden Gatten und Vater und würdigten sein warmherziges Menschentum. Von den einzelnen Kranzdeputationen, u. a. von der Bezirksorganisation Brandenburg, Kinderschutzkommission, Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion, dem 4., 6. und 8. Distrikt und Holzarbeiterverband wurden Kränze niedergelegt. Wieder erfüllte Gesang den Raum und unter verhallenden Harmoniumklängen senkte sich der Sarg.

Ein tapferer Kämpfer, ein pflichttreuer, rühriger und lieber Parteigenosse ist von uns gegangen. Neue Kämpfer werden an seine Stelle treten, um die Ideale des Proletariats zu verwirklichen. Das Andenken Hermann Barenthins werden wir stets in Ehren halten.

Revolverkämpfe.

Von einem Ueberfall einer maskierten und bewaffneten Räuberbande im Automobil auf einen Postwagen am Anhalter Bahnhof berichtet im Kolportagestil eine Korrespondenz. Der Postwagen sollte Wertpakete vom Anhalter Bahnhof nach dem Postamt 11 in der Bahnhofstraße bringen. Plötzlich erschien, so heißt es in der Korrespondenz, ein graugestrichenes Militärauto, dem drei maskierte, mit Revolvern bewaffnete Männer entstiegen. Sie stürzten sich auf die Postbeamten, hielten ihnen die Pistolen vor die Brust, entrissen ihnen ein Postsack, der neun Wertsendungen enthielt und versuchten, mit diesem das bereitstehende Automobil zu besteigen und damit zu entfliehen. Als sich die Beamten jetzt auf die Räuber stürzten entspann sich ein Feuergefecht bei dem zwei der Räuber verwundet wurden. Einer erhielt einen Bauchschuß, der andere einen Beckenschuß. Dem dritten gelang es zu entkommen. Der durch Bauchschuß Verletzte wurde festgestellt als ein Postfahrer Paul Göpel, ein Mann von 29 Jahren, der in der Melchiorstraße 9 wohnt. Er behauptet, daß er von den beiden anderen zu dem Raubüberfall überredet worden sei. Göpel wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Der zweite Verletzte, der nur eine ungefährliche Fleischwunde am Oberschenkel und Becken erhielt, und nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde.

Eine zweite Schießerei entwickelte sich in der Guineastraße, wo die Polizei zwei wegen schweren Raubes in Verdacht stehende Männer namens Vogel verhaften wollte. Dabei kam es auf beiden Seiten zum Gebrauch der Waffen. Die Täter entzogen sich der Festnehmung durch Flucht. Ob sie verwundet wurden, weiß man nicht. Die Beamten werden erheblich verletzt. Der Bezirksoberwachtmeister Erdmann erhielt drei Schüsse, einen in den Kopf, einen in die Brust und einen in den rechten Oberarm. Der Kriminalwachtmeister Treichelt erhielt einen Kopfschuß. Diese beiden Beamten wurden nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht und mußten dort sofort operiert werden. Der dritte Beamte, Kriminalwachtmeister Krumbholz, erhielt einen Schuß ins Auge. Er wurde nach dem Virchow-Krankenhause überführt. Es scheint gewiß, daß die Gebrüder Erich und Emil Vogel, deren man bisher noch nicht habhaft werden konnte, die Posträuber vom Schlesischen Bahnhof sind.

Zu dem Fall kirchlicher Unduldsamkeit auf dem Kirchhof in Ahrensfelde, den wir in Nr. 586 vom 3. Dezember behandelten, erhalten wir von dem Kirchenrat der Oelsberg-Gemeinde eine längere Erklärung. Sie sucht den Standpunkt der Kirchenbehörde zu rechtfertigen, daß auf den kirchlichen Friedhöfen eine „kirchliche Ordnung" herrschen müsse, d. h., daß ohne Erlaubnis Reden und Gesänge nicht gehalten werden dürfen. Wem das nicht passe, der möge einen nichtkirchlichen Friedhof benutzen. Das ist leichter gesagt als durchführbar. Dank der Vorherrschaft der Kirche im alten Staat sind die nichtkirchlichen Friedhöfe sehr selten. Für die durch den Verlust eines ihrer Angehörigen schwer getroffenen Familien ist es nicht leicht, sogleich den rechten Weg zu finden. Es bleibt eine Unduldsamkeit, die auf ihre Art das Andenken eines ehrenden Angehörigen dabei zu stören. Wenn in der Zuschrift des Gemeindekirchenrats die brutale Störung in Abrede gestellt wird, so steht dem die Aussage der teilgenommenen Familienangehörigen entgegen. — Es wäre nur zu wünschen, daß die Gemeinden die Schaffung eigener Friedhöfe mehr betreiben, wo keinerlei Vorschriften über die Bestattungsart Geltung haben.

Einem Raubmord zum Opfer gefallen ist der 36 Jahre alte Droschkenbesitzer Arnold Schulze aus der Rostocker Str. 52. Sch. war von einem älteren Mann unter dem Vorwand, ein fettes Schwein dort abzuholen, mit seinem Fuhrwerk nach Döberitz bei Wustermark gelockt worden. Unterwegs muß der Fremde wohl den Schulze beraubt und ermordet haben, denn die Droschke wurde herrenlos bei Priort aufgefunden, während Pferd und Besitzer verschwunden sind. Sämtliche Behörden wurden benachrichtigt und auch eine Absuchung des Geländes in die Wege geleitet. Ebenso wurden die Nachforschungen nach dem mutmaßlichen Raubmörder eingeleitet. Es konnten bereits Zeugen ermittelt werden, die ihn vorher gesehen haben. Nach deren Beschreibung ist er etwa 50—60 Jahre alt, hat einen Spitzbart und trug bäuerliche Kleidung. Meldungen über ihn nimmt die Kriminalpolizei im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Bücherausstellungen. In den Bücherausstellungen können Bestellungen auf Bücher von heute ab nicht mehr entgegengenommen werden. Die Neuköllner Ausstellung bleibt bis einschließlich Sonntag geöffnet. Es werden hier die ausgestellten Bücher verkauft.

Sozialistische Studentenpartei. Der Vortrag des Genossen Breitscheid in der Universität über den Untersuchungsausschuß ist verschoben und findet am Freitag, den 12. Dezember, nicht statt.

Die deutsche Friedensgesellschaft veranstaltet am Freitag abend 7½ Uhr eine öffentliche Versammlung unter dem Thema: „Ist der Sozialist Pazifist?". Redner sind Genosse Heinrich Ströbel, Prof. P. F. Nicolai und Pastor H. Francke.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Vom 12. d. M. ab tritt für die A- und B-Milchkarten die Belieferungsliste 7 in Kraft. Es werden die A I-Karten mit 1 Liter, die A II-Karten mit ¾ Liter, die B I-Karten mit ½ Liter, die B II-Karten mit ¼ Liter Milch beliefert. Die übrige Milchbelieferung bleibt dieselbe wie bisher.

Spandau. ½ Pfd. Pflaumenmus auf Feld 835 der Lebensmittelkarte. ¼ Pfd. Zwiebeln auf Feld 86 der Lebensmittelkarte für Jugendliche.

Wittenau. Von Freitag ab 150 Gr. Haferflocken (103), 500 Gr. ausl. Roggenmehl (O und Z 24).

Aus den Organisationen.

Funktionärinnen von Groß-Berlin.

Freitag, abends 6½ Uhr, Zusammenkunft in der Arbeiterbildungsschule, Schicklerstr. 5 II. Stellungnahme zur Wahl einer Sekretärin. J. A.: M. Wurm.

11. Distrikt. Bildungsausschuß. Donnerstag 8 Uhr, Arbeiterbildungskursus in der Schule Weißenburger Straße 4a. Besprechung des Arbeitsplans für das nächste Vierteljahr. Alle Interessenten sind hierdurch zum Erscheinen eingeladen.

15. Distrikt. Donnerstag abend 7 Uhr Distriktsversammlung im Klostergarten. Tagesordnung: Steuerfragen. Referent: Gen. Dümell.

Tempelhof. 2. Abend des Kursus „Geschichte des neuzeitlichen Sozialismus" Freitag im Realgymnasium.

Bildungskommission Adlershof. Freitag abend 7½ Uhr im Zeichensaal der II. Gemeindeschule Vortrag der Genossin Gehrke über „Kunst und Sozialismus".

Bildungsausschuß Lichtenberg. Einlaßkarten zu den Märchenvorlesungen am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag, nachmittags 2 Uhr, à 50 Pf. sind in allen Freiheitsexpeditionen sowie in den Lokalen von W. Schulz, Kronprinzenstr. 47, und P. Werner, Wilhelmstr. 3, zu haben. Stimmbegabte Kinder können noch am Sonnabend nachmittag ½5 Uhr an den Gesangsübungen im Jugendheim, Dottistr. 22, teilnehmen.

Vereinskalender.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Donnerstag: Fachgruppe 4, Sektion a (Privatversicherung), pünktlich 4 Uhr nachm. Delegiertenversammlung in der Hobel-Brauerei, Bergmannstraße 5/6. — Fachgruppe 14, Sektion c (Maschinen- und Werkzeugbau, Gießerei), abends 7 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. — Fachgruppe 16, Sektion b (Zeitungsdruckereien), abends 7 Uhr in den Mustkerfälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — Fachgruppe 18, Sektion a (Verbands- und Vereinsangestellte), abends 5 Uhr Sektionsversammlung im „Englischen Hof", Alexanderstraße 27c.

Freie sozialistische Proletarierjugend. Die Generalversammlung findet heute abend Petersburger Straße, Ecke Frankfurter Allee, statt, nicht in der Steinstraße.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919, abends 6 Uhr

Massen-Versammlung

Thema: Was wollen die Kommunisten?

Borussia-Festsäle, Ackerstraße 6.
Schöneberg: Chamissoschule, am Barbarossaplatz.
Weißensee: Prälaten, Lehderstraße 122, Ecke Greifswalder Straße.

Reinickendorf-W.: Hartmanns Brauerei Berliner Straße, am Schießplatz.
Köpenick. Schweizergarten, Lindenstr. 4, Sonntag, 14. d. Mts., vorm. 11 Uhr.

Stadttheater, Alt-Moabit, Kronen-Brauerei, Montag, 15. d. Mts., abends 6 Uhr.
Lichtenberg, Lyzeum-Gymnasium, Marktstraße.
Schulaula Parkaue.

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Bezirk Groß-Berlin.

---

20 öffentliche Volksversammlungen

am Freitag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr

1. Berlin NW: Luisen-Gymnasium, Turmstr. 87.
2. Berlin NW: Friedrich-Werdersches Gymnasium, Bochumer Straße 8b.
3. Berlin N: 153. Gem.-Schule, Müllerstr. 158/159.
4. Berlin N: 45. Gem.-Schule, Auguststr. 67/68.
5. Berlin N: 269/274. Gem.-Schule, Sonnenburg-Straße 20.
6. Berlin N: 32. Gem.-Schule, Bankstr. 47.
7. Berlin NO: Königstädtische Oberrealschule, Pasteurstr. 44/46.
8. Berlin O: 22. Gem.-Schule, Naglerstr. 8.
9. Berlin O: Königstädtisches Gymnasium, Elisabethstraße.
10. Berlin S: Luisenstädtische Oberrealschule, Dresdener Straße 113.
11. Berlin S: 100. Gemeinde-Schule, Reichenberger Straße 67/70.
12. Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11.
13. Lichtenberg: Cäcilien-Gymnasium, Rathausstraße.
14. Treptow: Viktoria-Garten, Am Treptower Park 25.
15. Adlershof: Wöllsteins Lustgarten, Bismarckstraße.
16. Neukölln: 1. Mädchen-Mittelschule, Donaustraße 120/127.
17. Tempelhof: 2. Gemeinde-Schule.
18. Schöneberg: Uhlandschule, Kolonnenstr. 34/39.
19. Wilmersdorf: Cäcilienschule, Nikolsburger Platz 5.
20. Charlottenburg: Hindenburg-Realschule, Quedickestraße 32.

Referat: **Wie arbeitet der Sozialist im Elternrat?**

Diskussion.

Proletarier! Kommt in Massen!

Der Verband sozialistischer Lehrer u. Lehrerinnen Deutschlands u. Oesterreichs (Ortsgruppe Groß-Berlin)

Zur Deckung der Unkosten 30 Pf. Eintritt, Arbeitslose und Kriegsverletzte frei.

Kommunistische Partei (Spartakusbund)
(Bezirk Berlin)

Oeffentliche Versammlung

Freitag, den 12. Dezember, abends 6½ Uhr
Habel-Brauerei, Berlin SW, Bergmannstraße 7

Thema:

Was ist Kommunismus?

Freie Aussprache. Erscheint in Massen.

Einberufer: II. Bezirk.

U. S. P. D. - Mitglieder kaufen bei mir staunend billig erstklassige Maßanzüge, Cutawayanzüge, Herrenulster und Paletots, Kammgarnhosen. Verkauf täglich bis 8, Sonntags bis 2 Uhr. Luft, Muskauer Straße 46 parterre, kein Laden, am Görlitzer Bahnhof.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel – Litzen
Klingeln, Dynamodrähte kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2115

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1087, 9714.

Freitag, den 12. Dez. 1919, abends 6 Uhr

Außerordentl. Branchenversammlung

der Betriebsrohrleger und Helfer

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal I)

Tagesordnung: 1. Der Kampf in der Berliner Metallindustrie und seine Lehren. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Freitag, den 12. Dez. 1919, abends 4½ Uhr

Gemeinschaftliche Versammlung

aller in der Glühstrumpfindustrie beschäftigten Personen

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem am 31. d. Mts. ablaufenden Lohnabkommen. 2. Verschiedenes.

Die Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Bureau: Berlin SO. 16, Rungestr. 30.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 10623 und 3378

Achtung! Kistenmacher! Achtung!

Donnerstag, den 11. Dezember 1919 (heute), abends 7 Uhr, in „Prachtsäle Alt-Berlin“, Blumenstraße 10

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zum Angebot der Unternehmer.

Die Ortsverwaltung.

Einladung zur

Außerordentlichen Ausschußsitzung

der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim am Montag, den 15. Dezember 1919, nachmittags 3 Uhr, im Kreishause in Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5 – Kreistagssitzungssaal.

Einziger Punkt der Tagesordnung:
Erwerb eines Erholungsheimgrundstückes.

Die Herren Ausschußmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Berlin, den 6. Dezember 1919.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.
Pepalt, Vorsitzender.

*** Gesellschaft für Volkswohl ***

Oeffentliche Versammlung

am Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr,
im Lindenpark zu Schöneberg, Hauptstr. 13

Thema: Die Ueberbevölkerung Deutschlands und ihre Bekämpfung.
Referent: Dr. Goldstein, prakt. Arzt aus Steglitz.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 1 Mk. erhoben.
Der Zutritt ist nur Frauen gestattet.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Freitag, den 12. Dezember, abends präzise 6 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

„Deutscher Hof“, Luckauer Straße 15.

Tagesordnung: Berichterstattung von der Tarifausschußsitzung.
Zutritt haben außer den Delegierten die Vertrauensleute und Druckereileiter.

Ohne Legitimationskarte kein Eintritt.
Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Gauvorstand.

Am Donnerstag, 11. d. M., abds. 7 Uhr
spricht der Herausgeber der „Tribüne“

Karl Schneidt

in der Schulaula, Auguststraße 67/68
Nähe Rosenthaler Straße über:

Die Skandale der jungen Republik.

Eintrittspreis Mk. 1.—. Der Reingewinn fließt dem Kampffond der „Tribüne“ zu.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Donnerstag, den 11. Dezember, abds. 6½ Uhr

Große öffentliche

Volks-Versammlung

im großen Saale der „Schultheiß-Brauerei“ (Wintergarten), Hasenheide 24—31.

Tagesordnung:
1. Gegenrevolution — Politische Lage u. K. P. D.
Referent: Hugo Eberlein.
2. Diskussion.

Proletarier! Erscheint in Massen!
Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!
Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Eintritt 20 Pf. zur Deckung der Unkosten, der Ueberschuß wird den politisch Gefangenen zugeführt

---

Offene Stellen

Leiter des Statistischen und Presseamtes.

Die Stelle des Leiters des bei der hiesigen Stadtverwaltung neu einzurichtenden statistischen Amtes soll besetzt werden. Mit der Stelle ist die Leitung des neu zu gründenden Presseamtes verbunden.

Bewerber müssen sich in ähnlicher Stellung praktisch bewährt haben und tunlichst über eine abgeschlossene volkswirtschaftliche Hochschulbildung verfügen. Schriftstellerische oder journalistische Befähigung und Praxis erforderlich. Erfahrung in Kommunalpolitik und Verwaltung dringend erwünscht. Buer ist eine in lebhaftestem Aufschwung befindliche Industriestadt im nördlichen Kohlenrevier, seit 1911 kreisfrei mit z. Zt. 90 000 Einwohnern und bietet aufstrebendem, sozial denkendem Volkswirtschaftler ein dankbares Arbeitsfeld. Gehalt und Anstellungsbedingungen nach Vereinbarung.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und sonstigen Nachweisen bisheriger Tätigkeit, sowie Gehaltsanspruch an den Magistrat der Stadt Buer.

Buer i. W., den 7. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Expedient gesucht!

Junger, tüchtiger Parteigenosse der bereits in gleicher Stellung tätig war, zum **1. Januar 1920** als **Expedient** und **Inseratenbuchhalter** gesucht. Offerten mit Gehaltsforderung und Zeugnisabschriften bis spätestens zum **23. Dezember** an **Arbeiter-Zeitung Bremerhaven**, Fährstraße 6, erbeten.

Die Filiale **Düsseldorf** des Verbandes der **Schneider, Schneiderinnen** und **Wäschearbeiter** sucht zum sofortigen Antritt einen

Geschäftsführer.

Derselbe muß mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein, agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen, selbständig Lohnverhandlungen führen, und mit dem Tarifwesen völlig vertraut sein. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Organisation und einer Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers erbittet mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum **30. Dezember** an den Kollegen **Otto Heinemann**, Mendelssohnstraße 22.

Wir suchen

einen, mit gewerkschaftlichen Fragen durchaus vertrauten

Gewerkschafts-Sekretär

der auf dem Boden der Betriebs- bezw. Industrieverbände steht.
Schriftliche Angebote erbeten an
Gewerkschaftskartell der Bekleidungsindustrie
Kommandantenstraße 63/64.

Sekretärin gesucht

für die **Zentrale der U. S. P. D.**, der die Förderung der Gesamtfrauenbewegung des Reiches obliegt. Bewerbungen mit Angaben über den Lebenslauf, die theoretische Durchbildung, die praktische Erfahrung und die Darstellung des Aufgabenkreises eines solchen Amtes, sind bis zum **1. Januar 1920** einzusenden an die **Zentrale der U. S. P. D., Berlin NW. 6**, Schiffbauerdamm 21 Hof III.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.
I. A.: Luise Zietz.

Mieterschutz bei Räumungen.

Die Verordnung bezüglich des Mieterschutzes bei Räumungen ist auf unser Eingreifen hin ergangen. Damit die sinngemäße Durchführung der Verordnung gewährleistet wird, stellen wir allen denjenigen, die ihre Wohnungen zwangsweise räumen sollen anheim, sich in unserem Sekretariat, Brückenstraße 6a, von ½10—½3 Uhr, kostenlose Beratung geben zu lassen, wie sie ihr Verhalten einzurichten haben

Verein „Im Kampf um's Recht“ E. V.
Generalsekretariat:
BERLIN SO., Brückenstrasse 6a.

Metallankauf
Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platina. Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motore kauft zu den höchsten Preisen Elektrobüro, Lange Str. 27 I. Ecke Andreasstraße. Alex. 1939.

Gänsefett

Stückenfleisch à Pfd.	8.50	M.
Fettenten	10.50	"
Mastgänse	12.95	"
Junge Hühner	8.45	"

Tasche
Berlin, Belle-Alliance-Str. 98.
Charlbg., Kais.-Friedr.-Str. 43.
Wilmersdorf, Bernhardstr. 15a.

Briefmarken Münzen kauft
Großmann, Jakobstraße 4. Zent. 1622.

Parteigenosse oder **Genossin.** Wer leiht ehrlicher strebsamer Geschäftsfrau 2—3000 Mk. zur Vergrößerung ihres Lebensmittelgeschäfts. Antwort bitte unter K. 19 an die Expedition der Freiheit.

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten,
kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer.
Hugo Schroeder,
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 52
Wilh. 4729.

Schnellaufbohrer, neue, sowie Schmirgelleinen, Naturstahl, kauft höchstzahlend jeden Posten Henschel, Moabit, Rostocker Straße 22, Ecke Wittstocker Straße.

Spiralbohrer u. Metalle kauft Schlosserei Grünberger Str. 2, verläng. Rominterer Str.

Spiralbohrer
neue, aus Schnell- und Werkzeugstahl, Messing, Kupfer, auch Leitungsdraht, kauft **Ritter, Grätzstraße 8,** Gartenhaus part. Mpl. 14369.

Aufforderung.

Bei dem Wohltätigkeitsfest des I. B. d. K. B. am Sonnabend, den 6. Dez. 1919, bei „Grahl“ Mariendorf, ist ein Ulster nebst Hut entwendet worden.

Da die Person erkannt ist, ersucht um Abgabe der Sachen der Wirt des Lokals, resp. der Eigentümer

Paul Schäfer.
Mariendorf, Kaiserstraße 128.
Andernfalls Strafanzeige erstattet wird.

Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel.: Lützow 2705 und 6819.

Bekanntmachung
betreffend
den Ersatz für einen verstorbenen Stadtverordneten.

An die Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Hermann Barenthin tritt nach der von mir auf Grund der Bestimmung des § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919, sowie der §§ 54 und 59 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 in Verbindung mit dem § 21 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 vorgenommenen Feststellung als nächster Bewerber aus dem Wahlvorschlage Dr. Hermann Weyl der Gastwirt Wilhelm Thiel, Berlin C. 54, Rückerstraße 7, als Ersatzmann in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Berlin, den 6. Dezember 1919.

Der Kommissar des Magistrats.
Lochning, Stadtrat.

(Tgb. Nr. 1419 Wahl. 19)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:

Der Hobler
Johann Styra
Hussitenstraße 38, am 4. Dezember. — Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. M., vormittags 11½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Buch aus statt.

Der Dreher
Franz Ladner
Reinickendorf, Hoppestraße 16, am 5. Dezember. — Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 11. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Marta Günther
Nazarethstraße 51, am 30. November —
ferner der Arbeiter
Heinrich Döhrer
Beusselstraße 10, am 25. November —
und die Arbeiterin
Marie Kirsch
Rüdersdorfer Str. 46, am 2. Dezember — gestorben sind
Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Leitergerüstbauer
Vincent Stolnski
am 8. d. Mts. im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. Mts. nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäuskirchhofes, Weißensee, Falkenberger Straße, statt.

Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 14).

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Emil Pankan
am Sonntag, den 7. Dezember 1919, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Dezember 1919, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Gethsemane-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin

Allen Kolleginnen und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege
Hermann Bartel
nach langem, aber schwerem Leiden am 7. Dezember 1919 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung erfolgt heute Donnerstag, den 11. Dezember 1919, nachmittags ½6 Uhr, im Krematorium Gerichtstr.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Betriebsrat.

Todesanzeige.

Hierdurch teile ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unsere liebe gute Tochter und Schwester
Erna Wendland
am 8. 12. nach kurzem schweren Leiden gestorben ist.
Familie Wendland.

Die Beerdigung findet am 11. d. Mts., nachm. 2 Uhr, auf dem Neuen Jerusalemer Kirchhof zu Neukölln, Hermannstraße 84—90, statt.

Facharzt
Dr. Meyenberg
für
Geschlechtsleid
11—1, 5—7
Potsdamer Str. 27 b.
Damenzimmer.

Vertausche Stube und Küche mit Kammer gegen Stube und Küche oder Zweizimmerwohnung. Kriebsch, Gr. Frankfurterstr. 87. Quergebäude 2 Treppen.